



Protokoll der 4. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. Oktober 2024, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Benjamin Erni (EVP), Flüeler Lukas (GL) und Denise Meyer (SVP)

Abwesend: -

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl in Kommission FIKO <i>://: Anstelle von Meyer Denise (SVP) wird bei 1 Enthaltung einstimmig Wiesner Simon (SVP) als FIKO-Mitglied gewählt.</i>	2024-16
2. Wahlbüro-Ersatzwahl <i>://: Gemäss Wahlvorschlag der GLP/EVP-Fraktion wird einstimmig Kreienbühl Kevin, geb. 1996, Oristalstrasse 58, für die restliche Amtsperiode bis zum 30. Juni 2028 als Mitglied des Wahlbüros gewählt.</i>	2024-17
3. Klima-Vorstösse – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) zum Zwischenbericht II des Stadtrats bezüglich den einwohnerrätlichen Klima-Vorstössen	2022-115b
• «Klimapolitik» – Postulat «Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik!» von Joel Bühler und Pascale Meschberger der SP-Fraktion	2018/121c
• «Klimaangepasste Stadtentwicklung» – Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse – Strategie – Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion, Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion	2019/150c
• «Klimaneutralität Veranstaltungen» – Postulat «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion	2021-72c
• «Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion <i>://: Der stadträtliche Zwischenbericht II wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zur Kenntnis genommen. ://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2021-72 «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» als erfüllt abgeschrieben.</i>	2021-73c
4. Sport- und Volksbad Gitterli AG – Bericht der Finanzkommission (FIKO) betreffend Betriebskostenbeitrag für die Jahre 2025-2027 sowie Erneuerung nachrangiges Darlehen und stadträtlichem Bericht zu Postulat «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen?»	2024-6a 2021-77b

://: In der Schlussabstimmung stimmt der Einwohnerrat dem FIKO-Antrag mit Betriebskostenbeiträgen für die Sport- und Volksbad Gitterli AG in der Höhe von TCHF 800 im Jahr 2025, TCHF 775 im Jahr 2026 und TCHF 750 im Jahr 2027 einstimmig zu.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat ein nachrangiges Darlehen an die Sport- und Volksbad Gitterli AG in der Höhe von TCHF 775 mit Laufzeit per 1.1.2027 bis zum 31.12.2036.

://: Der stadträtliche Bericht zum Postulat Nr. 2021-77 «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen?» wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme schreibt der Einwohnerrat das Postulat Nr. 2021-77 «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen?» als erfüllt ab.

5. Velostation – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Nachtragskredit für Velostation am Bahnhof Liestal 2024-7
2024-7a

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig für die Realisierung der Velostation am Bahnhof Liestal den Nachtragskredit in der Höhe von TCHF 410 inkl. MwSt. zu Gunsten des Kontos mit der Nr. 6150.5010.0260 gemäss BPK-Antrag.
6. EBL-Konzessionsvertrag – Konzessionsvertrag betreffend Erstellung und Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher mit der EBL 2024-18

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2024-18 wird mit 27 Ja-Stimmen an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen. Für eine Direktberatung der Vorlage sprechen sich 6 Ratsmitglieder aus, 2 Ratsmitglieder enthalten sich ihrer Stimme.
7. Tiergartenstrasse – Motion «Neuer Teil der Tiergartenstrasse – bauliche Entschärfung der Gefährlichkeit notwendig» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, Daniel Schwörer der FDP-Fraktion, Markus Rudin der SVP-Fraktion und Sibylle Schenker der Grünen Fraktion: Bericht Stadtrat, Kreditvorlage für die Realisierung einer Rampe mit durchgehend 12% Neigung auf der Südseite der neuen Tiergartenstrasse 2022-86
2022-86a

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2022-86a wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.
8. Vereinsehrung – Postulat «Vereinsehrung als Ergänzung zur Sportpreis-Verleihung» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion 2024-14

://: Das Postulat «Vereinsehrung» wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.
9. Sicherheit in Liestal – Postulat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung der Kriminalität in Liestal von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion 2024-15

Vertagung wegen Zeitmangel.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertretenden und Gäste zur heutigen Sitzung.
Die Namen der entschuldigenden und für die heutige Sitzung abgemeldeten Ratsmitglieder werden verlesen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) macht als Präsident folgende Mitteilung:

- Hier im Landratssaal ist am 17. Oktober 2024 Einwohnerrätin Natalie Oberholzer (GL) vom Kantonsparlament als nachrückende Landrätin angelobt worden, wozu er ihr an dieser Stelle auch nochmals gratulieren möchte. [Applaus der Anwesenden]

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung dauert bis ca. 20.00 Uhr und wird um ca. 18.30 Uhr durch eine Pause unterbrochen.
- Im Anschluss an die heutige Ratssitzung findet der nächste interfraktionelle Restaurantbesuch im Restaurant Bären statt. Eine Voranmeldung ist nicht nötig und das Restaurant kann spontan besucht werden, da dieses über genügend Platz verfügt.

Neue persönliche Vorstösse

- Velounterstand Gestadeckschulhaus – Kleine Anfrage «Velounterstand Gestadeckschulhaus» von Matthias Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2024-19)

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Pascale Meschberger möchte sich zum Wasserturmplatz äussern, werden doch der Stadtrat und die Verwaltung in letzter Zeit immer häufiger von Einwohnerinnen und Einwohnern wegen der Situation auf dem Wasserturmplatz und bei der Schulgasse kontaktiert. Viele haben sicher auch schon festgestellt, dass sich dort verschiedene Gruppierungen aufhalten, welche durch ihr Verhalten und/oder ihr Aussehen auffallen. Sie wirken zum Teil auf die anderen Bevölkerungsgruppen bedrohlich und lösen ein Unsicherheitsgefühl aus, wobei es auch innerhalb dieser Gruppierungen schon zu Zwischenfällen gekommen ist, weil sie sich gegenseitig etwas zugefügt haben. Man kann das Unsicherheitsgefühl aus naheliegenden Gründen sehr gut nachempfinden und nimmt die Bedenken sehr ernst, weshalb man im Einwohnerrat immer wieder über durchgeführte und geplante Massnahmen berichtet hatte. Aus diesen Grund arbeitet man auch eng mit der Polizei Basel-Landschaft zusammen, beobachtet, analysiert und leitet entsprechende Massnahmen ein, falls dies nötig ist. Als neue Massnahme wurde veranlasst, dass dort täglich abends ein Sicherheitsdienst auf Patrouille geht und auch die Polizei ist vermehrt vor Ort. Die Polizei hat auch noch weitere Massnahmen im Köcher, doch darf darüber aus polizeitaktischen Gründen an dieser Stelle nichts gesagt werden.

Stadtrat Daniel Muri berichtet über die neue Verkehrsordnung in der Büchelstrasse. Der Regierungsrat hat die eingegangenen Beschwerden gegen die neue Verkehrsordnung ganz deutlich in allen Punkten abgewiesen. Gegen diesen regierungsrätlichen Beschluss kann innert 10 Tagen beim Kantonsgericht noch schriftlich Beschwerde erhoben werden. Gemäss heutiger Anfrage beim Kantonsgericht ist dieses Rechtsmittel nicht ergriffen worden. Somit kann das neue Verkehrsregime umgesetzt werden und detaillierte Informationen mit einem Übersichtsplan werden im nächsten „Liestal aktuell“ publiziert. Mit grossen Plakatständern an der Zufahrtsachse sowie Informationen auf der städtischen Homepage wird über die neue Verkehrsführung informiert. Weitere Massnahmen zur Einhaltung und den Kontrollen bezüglich den verkehrspolizeilichen Massnahmen werden noch ausgearbeitet. Noch vor dem Weihnachtsgeschäft wird ab dem 22. November 2024 die Büchelstrasse für den Durchgangsverkehr gesperrt. Es handelt sich um ein Fahrverbot mit Zubringerdienst und dies bedeutet, dass die Zu- und Wegfahrt zu privaten Parkplätzen sowie für die Lieferanten bis zu den Geschäften weiterhin möglich ist. Neu erfolgt die Zufahrt zum Zeughausplatz und den öffentlichen Parkplätzen über die Amtshausgasse – Zeughausplatz – Neuweg. Die Wegfahrt erfolgt über den unteren Teil der Büchelstrasse zur Gstadig-Kreuzung.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Richard Gafner (FDP/Mitte) informiert, dass vor wenigen Tagen der neue Wohnattraktivitätsindikator der UBS erschienen ist. Natürlich sind solche Studien immer abhängig vom Massstab, welchen man ansetzt. Aber trotzdem ist es schön, dass Liestal je nach Gewichtung den Rang 4 oder 5 in der Region Basel einnimmt und dies trotz der schlechten Bewertung beim Kriterium „Kosten“. Das zeigt, dass der Stadtrat und die Verwaltung mit dem gesetzten Ziel für eine Aktivitätsattraktivitäts-Steigerung von Liestal als Wohnort auf dem richtigen Weg ist. Dazu möchte seine Fraktion gratulieren und Danke sagen. Das heisst natürlich nicht, dass wir bereits am Ziel sind. Die Bemühungen, die Wohnattraktivität hoch zu halten oder sogar noch zu steigern, müssen weitergehen. Und wenn wir nun im Bereich der Finanzen und insbesondere bei den Steuern noch Fortschritte machen können, werden wir im Ranking sicherlich noch weiter vorwärts kommen.

Traktandenliste

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 16. Oktober 2024 einstimmig beschlossen.

[Matthias Holinger der GL-Fraktion muss wegen technischen Problemen bei der Abstimmungsanlage seinen Sitzplatz mit demjenigen seines abwesenden Fraktionskollegen Lukas Flüeler tauschen. Eine anschliessend durchgeführte Test-Abstimmung verläuft erfolgreich.]

1. Ersatzwahl in Kommission FIKO (Nr. 2024-16)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass offen gewählt wird und keine Wortbegehren zu diesem Wahlgeschäft angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion wird einstimmig bei 1 Enthaltung Ratsmitglied Wiesner Simon (SVP) anstelle von Meyer Denise (SVP) als FIKO-Mitglied gewählt.

2. Wahlbüro-Ersatzwahl (Nr. 2024-17)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass das neue Wahlbüromitglied offen gewählt wird.

Es werden keine Wortbegehren zu diesem Geschäft angemeldet.

://: Gemäss Wahlvorschlag der GLP/EVP-Fraktion wird einstimmig Kevin Kreienbühl, geb. 1996, Oristalstrasse 58, anstelle von Frau Zeynep Dogan für die restliche Amtsperiode bis zum 30. Juni 2028 in das Wahlbüro gewählt.

3. **Klima-Vorstösse – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) zum Zwischenbericht II des Stadtrats bezüglich den einwohnerrätlichen Klima-Vorstössen (Nr. 2022-115b)**
- «Klimapolitik» – Postulat «Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik!» von Joel Bühler und Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2018/121c)
 - «Klimaangepasste Stadtentwicklung» – Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse – Strategie – Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion, Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2019/150c)
 - «Klimaneutralität Veranstaltungen» – Postulat «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2021-72c)
 - «Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2021-73c)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert darüber, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll, wie dies im Büro-Protokoll bereits gelesen werden konnte:

- *Eintreten*
- *BPK-Bericht (Nr. 2022-115b)*
- *Verfasser von Vorstössen*
- *Fraktionssprecher*
- *Einzel Sprecher*
- *Stadtrat*
- *Abstimmungen*

Eintreten

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

BPK-Bericht (Nr. 2022-115b)

Peter Bürgin (FDP) stellt den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-115b vor: Die BPK ist einstimmig der Meinung, dass bezüglich Nachhaltigkeit und Klima in Liestal schon einiges umgesetzt worden ist und ganz generell eine Sensibilisierung sowie ein Umdenken zu diesen Themen stattgefunden hat. Es bleibt aber natürlich noch einiges zu machen. Für die BPK ist das ein spezielles Geschäft gewesen und wir haben uns dafür auch Zeit genommen und das Geschäft an drei Sitzungen behandelt. Die letzte Sitzung hatte am 16. Mai 2024 stattgefunden, also noch in der alten Legislatur. Zum Thema Nachhaltigkeit ist die Firma Sanu AG aus Biel beigezogen und mit einer stadinternen Beurteilung gestartet worden. An der Umfrage haben der Stadtrat, der Stadtverwalter und die Bereichsleiter mit ihren Teams mitgemacht. Es ist dann eine Auswertung nach Zielbereich gemacht worden. Es ist eine qualitative Eigenbeurteilung mit dem von der Firma Sanu AG entwickelten Gemeindeprofilograf erstellt und alle Fragen danach bearbeitet worden. Eine Erweiterung der Grünflächen im Siedlungsraum ist schwierig, doch im Masterplan Rheinstrasse sind Grünflächen vorgesehen und dort befindet sich auch unser „Spital-Park“ oder unser eigentlicher „Central Park“, der dank der Masterplanung noch besser angebunden werden sollte. Auch der Entwicklungsplan (EP) gilt inhaltlich natürlich als Nachhaltigkeitsstrategie. Eine Veranstaltung muss gemäss stadträtlichem Zwischenbericht klimaneutral sein. Für Gastronomen, welche Veranstaltungen ab 100 Besuchern durchführen, gibt es ein Mehrwegkonzept mit Auflagen. Gastronomen stören sich natürlich daran, dass sie deswegen mehr Personal benötigen und demnach auch zusätzliche Löhne zahlen müssen.

Es ist jedoch aus gesellschaftlicher Sicht ein Anliegen der Stadt, dass weiterhin Veranstaltungen durchgeführt werden. Beim Stadtfest oder auch bei der Lichternacht hat beispielsweise das Mehrwegbecherkonzept funktioniert. Wichtig ist es, das Verhalten zu ändern, indem die Veranstalter sensibilisiert werden. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass das Konzept vernünftig ist. Die Kommission begrüsst es, dass die Stadt auf die Beteiligten zugeht, um das Anliegen kommunikativ in Angriff zu nehmen. Die Stadt muss entsprechend selber bei eigenen Grossveranstaltungen, wie beispielsweise beim Chienbäse, mit gutem Beispiel vorgehen. Aufgrund der vorgestellten Klimagasbilanz der Stadtverwaltung konnten Handlungsfelder und Massnahmen definiert werden. Somit soll eine Reduktion von 52 % der heutigen Emissionen bis 2035 erreicht werden. Laut Gemeindeprofilograf weiss die Stadt Liestal jetzt, wo die Hebel anzusetzen sind. Aufgrund fehlender Ressourcen innerhalb der Stadtverwaltung soll jetzt der Stellenbeschrieb „Umwelt, Energie und Klima“ erarbeitet werden. Die Kosten für die neue Stelle müssen aber zuerst noch budgetiert und vom Einwohnerrat genehmigt werden. In der Kommission ist Skepsis gegenüber CO₂-Zertifikaten zum Ausdruck gebracht worden. Vom Stadtrat und der Verwaltung ist bereits viel unternommen worden, jedoch wird noch mehr Kommunikation an die Bevölkerung gewünscht. Das Projekt Klimagasbilanz ist unter Mithilfe der Firma Swiss Climate in drei Schritten umgesetzt worden. Zuerst einmal die Durchführung eines Workshops mit der Definition des ganzen Projektablaufs und der Ziele. Dann wurden die Emissionsquellen durch die Stadtverwaltung definiert. Und Drittens wurden dann die Berechnungen durchgeführt. Ziel ist es, den Ist-Zustand der Stadt zu analysieren und die Basis zu etablieren, wie das Netto-Null-Ziel erreicht werden kann. Die Bilanz dient als Übersicht, wo die grössten Emissionen entstehen und als Monitoring-Instrument natürlich auch. Ein hoher Anteil sind jedoch die externen Emissionen, welche die Stadt nicht direkt beeinflussen kann bezüglich Optimierung der Energie. Alle Gebäude wie das Rathaus, der Werkhof, die Schulanlagen, die Kindergärten und auch die Wasserversorgung, das Hallenbad, das Stadion Gitterli sind in die Bilanz eingeflossen. Das Hallenbad ist in der Folge als CO₂-Hotspot erkannt worden. Die Stadt Liestal ist nur zu 82 % Eigentümerin vom Hallenbad und somit ist nur eine beschränkte direkte Einwirkung möglich. Aus gesellschaftlicher Sicht steht jedoch die Schliessung des Hallenbads nicht zur Debatte. Die Emissionen sind in drei Scopes eingestuft worden. Scope 1 umfasst die direkte Freisetzung klimaschädlicher Gase im eigenen Unternehmen. Scope 2 umfasst die direkte Freisetzung klimaschädliche Gas durch Energielieferanten und Scope 3 umfasst die indirekte Freisetzung klimatischer Gase in der vor- und nachgelagerten Lieferkette. Es sind Massnahmen zusammengefasst worden. So die Umstellung von 6 Gasheizungen auf erneuerbare Energie und seit über 20 Jahren hat die Stadt keine Ölfeuerungen mehr. Die Reduktion der Betriebsfahrten sowie die Umstellung der Fahrzeugflotte von fossiler zu alternativer Energie wird umgesetzt. Die Ausschreibung des Betriebs der Abfallsammlung von fossil auf elektrisch, was bereits erfolgte und ab 2025 läuft. Und zuletzt die Reduktion des CO₂-Ausstosses bei den pendelnden Mitarbeitenden. Es ist das Ziel der Stadt Liestal, in Scope 1 im Jahr 2035 Netto-Null erreichen zu können und das sollte zu schaffen sein. Scope 2 und 3 liegen nicht im direkten Einfluss der Stadt, doch der Stadtrat und die Verwaltung werden versuchen, auch hier Einfluss nehmen zu können. Die BPK-Mitglieder sind sich in einer Gesamtwürdigung einig, dass es sich um einen sehr erfreulichen und detaillierten Bericht handelt. Sie haben die beiden ausführlichen Analysen sehr begrüsst. Damit können nun die Massnahmen noch gezielter sowie wirksamer angegangen werden und die Stadt hat ein hilfreiches Monitoring-Instrument zur regelmässigen Beurteilung des aktuellen Standes. Die BPK erkennt, dass die Stadt die Arbeitskultur in vielen Bereich umgestellt hat und auf dem richtigen Weg ist. Der Wille und die Wertschätzung sind vorhanden, ein hohes Ziel in der nützlicher Frist erreichen zu können. Es kommt nicht immer auf die Grösse der Schritte an, aber es ist ersichtlich, dass man gewillt ist, gemeinsam in die richtige Richtung zu gehen. Dem Einwohnerrat wird beantragt, den stadträtlichen Zwischenbericht II zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat Nr. 2021-71 als erfüllt abzuschreiben.

Verfasser von Vorstössen

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) bittet die Motionäre und Postulanten, sich zum BPK-Bericht zu äussern.

Jonas Bischofberger (SP) erklärt, dass er die Verfasser der SP-Fraktion vertrete und zuallererst für die ausführliche Analyse und den Bericht des Stadtrates sowie den BPK-Bericht danken möchte. Es ist sehr erfreulich, wie gut Liestal schon heute aufgestellt ist. Das ist auch dem Umstand zu verdanken, dass schon vor Jahrzehnten die Weichen in die richtige Richtung gestellt worden sind. Auch wir müssen jetzt die Weichen wieder stellen, um eine nachhaltige Zukunft erreichen zu können. Darum sind wir über die Massnahmen, welche die Stadt schon ergriffen hat, durchaus erfreut. Es ist wichtig, dass Gasheizungen ersetzt, Fahrzeuge elektrifiziert, das Monitoring weitergeht und dass in der Verwaltung die Ressourcen geschaffen werden sollen, um den ökologischen Wandel angehen zu können. Wir unterstützen den Vorschlag für eine zusätzliche Stelle zu diesem Zweck mit Nachdruck, wie wir dies in der Vergangenheit schon gemacht haben. Dass die Verwaltung ihre Emissionen bis 2035 um gut die Hälfte senken kann, ist wichtig. Es ist aber auch klar, dass zur Erreichung von einem Netto-Null-Ziel noch mehr nötig sein wird und da ist klar der Fokus dann auf Scope 3. Darum wäre es wichtig, dass auch weitere im Zwischenbericht beschriebene Massnahmen, wie die Überarbeitung der Submissionsverordnung und Nachhaltigkeitsprüfung bei Projekten angegangen werden. Es ist klar, dass die Stadt bei der Feuerwehr und bei der Musikschule nicht gleich direkt Einfluss nehmen kann wie bei der eigenen Verwaltung. Gleichwohl wäre es wichtig, auch dort darauf hinzuwirken, dass eine Nachhaltigkeitsstrategie ausgearbeitet und umgesetzt wird. Was aus unserer Sicht in dem Bericht fehlt, ist die Rolle einer Förderung durch die Stadt und ihre Vorbildfunktion. Einzig bei den Veranstaltungen wird das angesprochen. Dort bedauern wir es jedoch etwas, dass keine verbindlichen Massnahmen ergriffen werden können. Die Argumentation vom Stadtrat ist aber durchaus nachvollziehbar und sinnvoll, zuallererst einmal die Wirkung von den beschriebenen Massnahmen zu beobachten. In dem Sinne ist die SP-Fraktion bereit, das Postulat „Klimaneutralität Verwaltung“ (Nr. 2021-73) abzuschreiben. Wie der Stadtrat und die BPK ist auch seine Fraktion gegenüber Zertifikaten sehr kritisch. Der Fokus muss klar darauf liegen, die eigenen Emissionen zu reduzieren, statt zu versuchen, sich von dieser Verantwortung freizukaufen. Als nächstes wird die territoriale Klimagasbilanz von Liestal sehr wichtig sein, damit nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Stadt als Ganzes auf Netto-Null zusteuern kann. Und weil die Nachhaltigkeit und Klimapolitik von Liestal auf einem guten Weg ist, liegen da noch einige grosse Aufgaben vor uns, wenn wir ein lebenswertes Liestal auf einer lebensfähigen Welt sicherstellen wollen. In dem Sinne werden wir den Bericht gerne zur Kenntnis nehmen.

Matthias Holinger (GL) möchte gerne ein paar Bemerkungen zum Postulat „Klimaangepasste Stadtentwicklung“ (Nr. 2019/150) loswerden. Vorausschicken möchte er, dass sein Votum nicht mit dem gleichnamigen Postulanten abgesprochen ist. Den Postulanten freut es aber, dass nach fünf Jahren das Postulat im Einwohnerrat immer noch besprochen wird. Wenn man sich zum Beispiel die Vorlage „Mutation Teilzonenvorschriften Kantonsgericht“ genauer anschaut, welche hier vor nicht so langer Zeit besprochen wurde, dann sieht man in dieser Vorlage, dass viele Anliegen des Postulates dort bereits eingeflossen sind. Er hofft und ist eigentlich sicher, dass auch in Zukunft Bauvorhaben, auf welche die Stadt einen Einfluss hat, die Anliegen des Postulanten berücksichtigen werden. Wenn man hingegen von dem Kantonsgericht in Richtung Basel schaut, dann sieht man jetzt langsam den definitiven Zustand des Bahnhofcorso. Und er denkt, dass genau dieser Bahnhofcorso eben ein Beispiel dafür ist, wie eine klimaangepasste Stadtentwicklung nicht aussehen sollte. Denn bei diesem Projekt fehlt es an Grünflächen, an Entsiegelung, an Durchlüftungsmöglichkeiten und noch viel mehr. Wenn wir wieder vom Kantonsgericht in die andere Richtung zur Allee schauen, dann haben wir dort eine Möglichkeit, in naher Zukunft sehr viele Punkte im Zusammenhang mit einer klimaangepassten Stadtentwicklung sehr grosszügig umzusetzen. Auch im Entwicklungs- und Finanzplan der Stadt sind die Anliegen des Postulates bereits eingeflossen. So wird

beispielsweise im strategischen Handlungsfeld „Klima, Energie und Umwelt“ der Erhalt und die Aufwertung von öffentlichem und privatem Grün und Wasserflächen im Siedlungsgebiet als Ziel definiert. Insgesamt findet er, dass die Anliegen des Postulates durchaus auf Kurs sind und dafür möchte er sich bei allen Beteiligten bedanken.

Sonja Niederhauser (GLP/EVP) stellt fest, dass die zwei Vorstösse Nr. 2021-72 und Nr. 2021-73 von ihrer Fraktion sind und sie sich deshalb gleich auch als Fraktionssprecherin äussern wird, damit sie sich nachher nicht noch einmal melden und das bereits Gesagte nochmals wiederholen muss. Die Anliegen von Netto-Null bei den Veranstaltungen sowie der Verwaltung wurden mit den beiden Vorstössen eingereicht und erfreut hat man im Bericht lesen können, dass die Stadt diesbezüglich schon einiges im Zusammenhang mit der Umsetzung unternommen hat. Auch kann sich ihre Fraktion mit der Abschreibung des Postulates „Klimaneutralität Veranstaltungen“ (Nr. 2021-72) einverstanden erklären, denn in diesem Bereich ist nicht nur von Seiten der Stadt einiges gegangen, sondern es gibt auch ein Umdenken der Bevölkerung, dass man bei Veranstaltungen auch Schwerpunkte auf die Klimaneutralität, das Abfallkonzept, den Reiseweg usw. legt. All das, was wir mit den Postulaten und Motionen im Einwohnerrat erreichen wollen, ist doch schlussendlich, dass ein Umdenken stattfinden soll. Alleine mit der Umsetzung durch den Stadtrat ist es nicht getan, denn es muss in der Bevölkerung auch ankommen, wobei wir in diesen Bereichen etwas vorleben sollten, wo wir auch Einfluss nehmen können. Darum ist es auch richtig und wichtig, dass die Vorstösse weiterbestehen bleiben, da es ja nur um einen zweiten Zwischenbericht geht und nur gerade ein Postulat als erfüllt abgeschrieben werden soll. Damit ist auch garantiert, dass man dranbleiben muss. Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat weiterhin darauf schaut, was man auch im Entwicklungsplan, im Budget usw. immer wieder sieht. Erfreut hat man auch zur Kenntnis genommen, dass ein Stellenprofil im Bereich Klima erarbeitet werden soll. Dies wurde schon einmal eingereicht, doch damals war die Zeit dazu wohl noch nicht reif. Allen Beteiligten wir der beste Dank für die Mitwirkung im Zusammenhang mit der Klimapolitik ausgesprochen.

Fraktionssprecher

Natalie Oberholzer (GL) erklärt als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion, dass wir alle wissen, dass der Klimaschutz zentral ist. Gerät das Klima in Schieflage, so gerät auch die Wirtschaft und die Gesellschaft in Schieflage. Wir alle müssen uns für Klimaschutz einsetzen, um die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen nicht noch mehr zu gefährden. Und auch die Natur, unsere Ernährerin und Rohstofflieferantin, muss vor weiteren Schäden bewahrt werden. Wir sind darum froh, haben der Stadtrat und die Verwaltung mit den beiden Analysetools, dem Gemeindeprofilografen und der Klimagasbilanz, zwei gute Instrumente angewendet. Mit diesen beiden Instrumenten ist man systematisch vorgegangen und hat Schwachstellen im Klimaschutz wie auch im Bereich der nachhaltigen Entwicklung klar identifizieren können. Jetzt wissen wir auch, wo die grössten Hebel zur CO₂-Reduktion liegen. Schauen wir den Gemeindeprofilografen ein bisschen genauer an, dann sind die grössten Schwachstellen in Liestal zum Beispiel in der Dimension Umwelt sowie Biodiversität. Dort heisst es, dass wir wenig seltene Arten, eine schwache Eindämmung von invasiven Neophyten, einen schwachen ökologischen Vernetzungsgrad usw. haben. Beim Wasserhaushalt haben wir immer noch eine starke Verbauung unserer Gewässer, doch sind wir da auf einem guten Weg, wenn man das Projekt Stadtpark anschaut. Beim Bodenverbrauch haben wir immer noch einen hohen Anteil an versiegelter Fläche und es sind wenig energieeffiziente Bauten vorhanden, dies privat und auch öffentlich. Also auch da haben wir Verbesserungsmöglichkeiten. Beim Klima sind die Anstrengungen der Gemeindeunternehmen und der Bevölkerung zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zu gering, ebenso hat die Gemeinde eine zu schwache Aufstellung, um die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen zu können. Das ist mit diesen Analysetools festgestellt worden. Auch in den anderen Dimensionen „Wirtschaft“ und „Gesellschaft“ gibt es einige Schwachstellen, welche auf den Seiten 8 und 9 des Sanu-Berichtes nachgelesen werden können. Der Zwischenbericht zeigt uns also, wo die wichtigsten Massnahmen umgesetzt werden müssen. Wir sind uns bewusst, dass die Herausforderungen doch grosse Brocken

sind und die momentan zuständigen Stellen jetzt schon an ihre Grenzen stossen. Wir begrüßen es daher nicht nur, sondern sehen es als absolut notwendig an, dass so schnell wie möglich die vom Stadtrat vorgeschlagene Stelle „Klima, Umwelt und Energie“ geschaffen wird, damit wir die Probleme noch effizienter angehen können. Das Postulat Nr. 2018/121 ist vor sechs Jahren eingereicht worden und die darin beschriebenen Folgen sind in den vergangenen Jahren immer sichtbarer geworden, so beispielsweise an der Sichertstrasse in diesem Sommer. Wir haben bereits sechs wertvolle Jahre verloren, um entsprechende Massnahmen umzusetzen und in grossen Schritten vorwärts zu machen. Anpassungsmassnahmen analog dem „Slow Water“-Projekt wie beispielsweise ein Retentionsbecken auf der Sichert hätten eigentlich schon lange angegangen werden können. Diese Massnahmen müssen jetzt vorangetrieben werden, um die Quartiere von weiteren Überflutungen und Hausschäden schützen zu können. Auch die Massnahmen zur Bekämpfung der Hitzeinsel kommen nur schleppend voran, wie Sie im Postulat „Klimaangepasste Stadtentwicklung“ bereits 2019 gefordert worden sind. Ebenso läuft uns die Zeit davon, wenn wir die Forderung der Motion „Klimaneutralität Verwaltung“ anschauen. Es sind noch fünf Jahre, bis wir die Hälfte der CO₂-Emissionen reduziert haben müssen. Auch hier sind wir noch nicht da, wo wir eigentlich sein müssten. Darum noch einmal: Um all die Herausforderungen bewältigen und die gesteckten Ziele fristgerecht erreichen zu können, müssen wir zwingend eine Stelle in der Verwaltung schaffen, welche sich strukturiert all den Klima-, Umwelt- und Energiethemen fundiert annimmt. Unter diesen Voraussetzungen wird den beiden Anträgen zugestimmt.

Werner Fischer (FDP) erklärt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass er nur noch ein paar Dinge sagen möchte, welche noch nicht gesagt worden sind. Im Zusammenhang mit der Klimaneutralität bei Veranstaltungen ist es schon noch wichtig, dass viele Sache noch in Liestal möglich sein sollten. Die Gastronomie stört sich etwas daran, dass es für jede Handreiche immer mehr Personal braucht, welches zu entlönnen ist. Dies ist bei den Vereinen mit vielen Leuten, welche ehrenamtlich arbeiten, doch etwas anders. Die Gastronomie erwartet auch, dass man ein bisschen Verständnis für ihre Anliegen hat und vielleicht auch beim einen oder anderen Punkt in Etappen gewisse Schritte machen kann. Für die Stadt kommen natürlich auch zusätzliche Kosten für die Sicherheit, WC-Anlagen, die Infrastruktur usw. dazu. Seine Fraktion ist bezüglich des Beschriebs für die neue Stelle doch etwas vorsichtig und meint, dass ein Austausch mit anderen Gemeinden, Erfa-Gruppen usw. gerade so dienlich sein könnte. Man hofft, dass es schlussendlich keine neue 100%-Stelle geben wird, da auch nicht immer alles in Liestal erfunden werden muss. Es gibt viele Sachen, die man adaptieren kann und mit Augenmass sollte auf die Kosten geschaut und nicht ein riesiges Fass aufgemacht werden. Im Zusammenhang mit Scope 3 und den Mitarbeiterfahrten muss man natürlich auch sehen, dass bei der Stadt viele Leute arbeiten, welche aus einem Randgebiet kommen und auch viel Pikettdienst zu unregelmässigen Tageszeiten leisten müssen. Es gibt ja auch Autos, welche elektrisch fahren und es bestimmt noch andere mögliche Anpassungen beziehungsweise nicht nur eine einzige Lösung. Er ist ebenfalls der Meinung, dass auch aus ökonomischen Gründen nicht immer das Optimum und Maximum angestrebt werden muss. Man wird bestimmt noch viel erreichen, doch auf diesem Weg muss nebst motivierten Politikern auch die Bevölkerung mitgenommen werden, damit wir mit grossen Schritten vorankommen.

Markus Rudin (SVP) unterstützt als SVP-Fraktionssprecher das Votum seines Vorredners und auch den ausführlichen Bericht des BPK-Präsidenten, welcher die wichtigsten Punkte der drei Kommissionssitzungen sehr gut wiedergegeben hatte. Die BPK wurde vom Stadtpräsidenten darüber informiert, was von der Stadt bereits alles unternommen wurde und von ihm wurde auch versichert, dass die Ziele bis 2035 erreicht und umgesetzt werden sollen. Seine Fraktion stimmt den Anträgen des Stadtrates und der BPK zu.

Einzel Sprecher

Bernhard Bonjour (SP) merkt an, dass ihm im Zusammenhang mit diesem Geschäft das Wort „Tabu“ in den Sinn gekommen ist und er bei der etymologischen Abklärung herausgefunden hat, dass dieses Wort wohl vom Naturvolk Polynesianen kommt. Es ist ein kultisches Gebot, dass man gewisse Sachen oder Personen nicht berühren darf, da diese heilig und unantastbar sind. Manchmal darf man auch das Wort „Tabu“ nicht nennen und darüber reden. Bei der Nachhaltigkeit darf es keine solchen Tabus geben. Als er die Berichte gelesen hatte, ist er etwas misstrauisch geworden und hat sich gefragt, ob in diesen nicht doch auch ein paar Tabus eingebaut worden sind. Er hält sich nicht an das Tabu und nennt in diesem Zusammenhang das Hallenbad Gitterli, obwohl dieses in Sachen Nachhaltigkeit problematisch ist. Man kann aber nun zum Schluss kommen, dass das Hallenbad halt einfach eine Dreckschleuder ist, aber man nichts machen kann. Oder aber man möchte etwas machen wollen, doch weil es so viel kostet, macht man dann halt schlussendlich doch nichts. Wenn man die Nachhaltigkeit ernst nimmt, müsste man dann halt auch zugestehen, dass ein Hallenbad halt nun einfach nicht geht. Man kann aber beispielsweise ein Hallenbad nicht einfach tabuisieren und dann einfach sagen, dass man dies nun halt herausnimmt. Das zweite Wort ist „Brauchtum“. Brauchtum ist ja schon etwas Nettes, aber nicht einfach deshalb, weil man es schon lange macht und dieses schon ganz alt ist. Wenn Brauchtum nicht den Nachhaltigkeitskriterien entsprechend durchgeführt werden kann oder unformbar ist, dann müsste man halt neue Bräuche erfinden. Und man muss ja nicht immer sagen, die Alten haben früher Bräuche gemacht, die machen wir jetzt auch, denn uns selber kommt nichts Gescheiteres in den Sinn. Ihm ist es wichtig, dass es keine Tabus geben darf, wenn wir die Nachhaltigkeit wirklich ernst nehmen wollen und es dürfen auch keine Denkverbote ausgesprochen werden. Er findet, dass die Stadt auf einem sehr guten Weg ist, doch ein paar Ausnahmen machen oder Tabus aufbauen ist halt doch gefährlich.

Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, dass ihm das vorgängige Votum von Bernhard Bonjour (SP) im Zusammenhang mit der Tabu-Thematik gleich eine Steilvorlage für den Einstieg geliefert habe. Wir können auf eine noch etwas höhere Ebene gehen und uns diesbezüglich an die Aussage von Natalie Oberholzer (GL) bezüglich den Ressourcen zurück erinnern. Fälschlicherweise wird oftmals leider die Nachhaltigkeit an der Klimagasbilanz aufgehängt. Der Gemeindeprofilografen-Auswertung kann man entnehmen, dass man die vier Nachhaltigkeitsdimensionen Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Gemeindesteuerung hat. Wir haben die Ökonomie sowie die Gesellschaft und genau dort liegt ja die Krux der Geschichte, denn es ist nicht ein Tabu und wir reden nicht über das Gitterli-Bad oder über das Brauchtum und die Traditionen, nur weil diese CO₂ produzieren. Das Thema ist auch der gesellschaftliche Wert von solchen Dingen und dies war ja auch unsere Überlegung im Zusammenhang mit den Veranstaltungen. Natürlich kann man auferlegen, dass alle Veranstaltungen CO₂-neutral sein müssen, doch dann dürfte es einfach keine Veranstaltungen mehr geben. Das heisst, dass die Risiken und Interessen abgewogen werden müssen, denn man kann nie alles haben. Darum ist es für den Stadtrat ganz wichtig, dass man eben die Analysetools gesamtheitlich einsetzt. Deshalb wurden diese auch als ein Teil der strategischen Planung im Finanz- und Entwicklungsplan eingesetzt, welche auf diese Zielsetzungen ausgerichtet wurden. Von Natalie Oberholzer (GL) wurde vorher aus dem Bericht und auch die Kommentare dazu zitiert. Er findet, dass man nicht einfach vorne die Bewertung auslassen kann. Denn wenn wir nämlich nach dem Tool gehen, müssen wir auch nach seiner Methodik gehen und dort ist klar aufgeführt, dass 7 eine Stärke und eine 3 eine Schwäche in der Bepunktung ist. Selbstverständlich haben wir noch viel zu tun und es ist von ihr auch richtig gesagt worden, dass die Sichertstrasse weggeschwemmt wurde. Das heisst aber nicht, dass man gleich ein Retentionsbecken bauen muss usw., doch wird man die Notwendigkeit eines solchen noch anschauen müssen. Auch haben wir nicht unbeschränkte Ressourcen zur Verfügung und der Tag hat auch nur 24 Stunden. Wir haben

nicht unendlich Leute und auch nicht unendlich Mittel, um unendlich viele Leute anstellen zu können, weshalb auch hier wieder priorisiert werden muss. Er findet es einfach nicht gut, wenn man aktivistisch ist und dann sagt, man hätte 6 Jahre verloren, so als ob alles nur davon abhängt, ob wir einen Bericht in den Einwohnerrat bringen. Wir haben in dieser Zeit weitergearbeitet und heute vor einem Jahr ist der zweite stadträtliche Bericht dem Einwohnerrat vorgelegt worden. Und was haben wir seither gemacht? Wir haben beispielsweise im Gestadeck einen Fernwärmeanschluss angehängt, was im Klimabericht auch enthalten ist. Dabei handelt es sich doch um einen grösseren CO₂-Produzenten und diese Einsparung konnte bereits realisiert werden. Wir haben eine Ausschreibung gemacht für eine Elektrosammlung von Abfall. Auch ist man an der Revision des Abfallreglementes, in welchem beispielsweise auch die Mehrwegbecher-Verwendung rechtlich verankert wird. Bei der Submissionsverordnung gilt eine neue interkantonale Vereinbarung und die kommunale Submissionsverordnung wurde aufgehoben, da wir die Kriterien nicht mehr selber definieren können. Doch hat der Stadtrat eine Dienstanweisung herausgegeben, welche gegebenenfalls auf die Homepage aufgeschaltet wird und in welcher auf die Beachtung der neuen Kriterien hingewiesen wird. Auch wurde der Entwicklungsplan mit den neuen Dimensionen ausgearbeitet und auf dieser Grundlage kann weitergearbeitet werden. Einige haben sich dahingehend geäussert, dass wir es schaffen, CO₂-neutral zu werden und andere haben die Meinung vertreten, dass wir erst die Hälfte gemacht haben. Primär fokussieren wir uns auf diejenigen Hebel, mit welchen die Stadtverwaltung selbst etwas beeinflussen kann. Dann haben wir beispielsweise das Thema Fernwärmezentrale, wo der Stadtrat auf die EBL keinen Einfluss nehmen kann, ob dort die Lastspitze mit Gas oder Öl abgedeckt wird oder nicht. Im Zusammenhang mit Scope 3 bzw. den Mitarbeiterfahrten ist es natürlich schon so, dass Mitarbeitende aus Dörfern rundherum kommen und diese beispielsweise nicht mit dem Postauto nach Liestal fahren können, damit sie am frühen Morgen die Schneeräumung besorgen können. Diesen kann auch nicht befohlen werden, dass sie ein Elektroauto kaufen müssen. Es wird mit Anreizen wie Beiträgen an die U-Abos usw. geschafft, doch es ist schwierig. Und in den Anstellungsbedingungen kann ja auch nicht geschrieben werden, dass man mit dem Zug zur Arbeit kommen muss, wenn man schon um 5 Uhr morgens im Werkhof sein muss. Es gibt ganz viele Themen, welche beachtet werden müssen, doch kann er bereits heute darüber informieren, dass im Budget 2025 die Stelle „Umwelt, Energie und Klima“ beantragt wird. Dieser Antrag ist vom Einwohnerrat noch zu diskutieren und zu beschliessen, doch eine Stellenausschreibung ist erst dann möglich, wenn auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Auch hat man die Unternehmenskultur seit längerem umgestellt und es ist nicht so, dass wir damit erst jetzt angefangen haben. So gibt es auch schon lange keine Ölheizungen mehr in Gebäuden der Stadt Liestal. Auch ist man bei der Förderung unterwegs, wenn es beispielsweise um Beiträge an die Energieberatung usw. geht. Auch die Territorial-Bilanz ist ausgearbeitet worden und kann dem Einwohnerrat demnächst noch vorgelegt werden. Wir können aber noch lange in Quartierplänen den Fernwärmeanschluss sowie weitere Massnahmen im Zusammenhang mit der Gestaltung von Fassaden usw. festschreiben oder in den Reglementen integrieren, doch ist es wegen dem übergeordneten Recht oftmals sehr schwierig, auf kommunaler Ebene den Hebel ansetzen zu können. Das heisst aber nicht, dass wir keine diesbezüglichen Auflagen mehr machen werden. Bezüglich der Aussage von Matthias Holinger (GL) zur Bahnhof-Betonwüste ist er persönlich der Meinung, dass er den neuen Bahnhof super findet. Der Einwohnerrat hat den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis genommen und gut gefunden, dass man beim Busbahnhof keine Bäume hinstellt. Und wenn man es übergeordnet anschaut, dann ist es schon so, dass es dort als Klimafolgemassnahme einen Hotspot bezüglich der Hitze geben könnte. Vielleicht können ja dann in der Rathausstrasse einmal Segel als Sonnenschutz gespannt werden, damit die Hitze etwas abgedämpft werden kann. Beim Bahnhof wollen wir jedoch eine Mobilitätsdrehscheibe schaffen und somit müssen die Busse hinfahren können und die Leute müssen ohne lange Wege ein- und aussteigen können. Und es können sich wohl alle an die schimpfenden Leute erinnern, als man vom Palazzo bis zum provisorischen Bus-Bahnhof laufen musste. Das sind dann Gründe, welche auch für die Unterstützung oder die Ablehnung des öffentlichen Verkehrs führen könnten. Mit dem neuen Busbahnhof haben wir an einem kleinen Ort natürlich schon einen Hotspot geschaffen, doch auch in diesem Zusammenhang möchte er festhalten, dass man halt nicht immer alles haben kann. Es freut ihn, dass der Einwohnerrat den stadträtlichen

Antrag für eine Abschreibung des Postulates Nr. 2021-72 bezüglich der Klimaneutralität bei Veranstaltungen unterstützt. Der Stadtrat wird weiterhin am Ball bleiben und im Zusammenhang mit der Klimapolitik wird uns die Arbeit bestimmt nicht ausgehen.

Abstimmungen

Natalie Oberholzer (GL) nimmt Bezug auf das Votum des Stadtpräsidenten und möchte schon noch etwas zu einigen Punkten sagen, denn diese können so nicht im Raum stehen gelassen werden. Bei den von ihr aufgeführten Schwachstellen handelt es sich alles um Punkte, welche mit maximal 4 Punkten bezeichnet worden sind. Es ist richtig gesagt worden, dass Natur und Landschaft im Durchschnitt bei 7 Punkten liegen, doch im Detail sieht man, dass teilweise nur 2 bis 4 Punkte vergeben wurden. Ihr Votum hatte sich auf die Details und nicht auf den Durchschnitt bezogen.

Michael Durrer (GL) möchte festhalten, dass er vorher etwas lachen musste und dies wegen der Formulierung „Randgebiete von Baselland“.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über die 2 BPK-Anträge abstimmen lässt.

- ://: Der stadträtliche Zwischenbericht II des Stadtrats zur Nachhaltigkeitsstrategie und den Klimavorstössen des Einwohnerrats (Nr. 2018/121, Nr. 2019/150, Nr. 2021-72 und Nr. 2021-73) gemäss Vorlage Nr. 2022-115a wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zur Kenntnis genommen.
- ://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2021-72 «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» als erfüllt abgeschrieben.

4. Sport- und Volksbad Gitterli AG – Bericht der Finanzkommission (FIKO) betreffend Betriebskostenbeitrag für die Jahre 2025-2027 sowie Erneuerung nachrangiges Darlehen und stadträtlichem Bericht zu Postulat «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen?» (Nr. 2024-6, Nr. 2021-77)

Vizepräsident Philipp Franke (GL) erklärt, dass bei diesem Geschäft Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) als Verwaltungsratsmitglied der Sport- und Volksbad Gitterli AG in den Ausstand treten muss und er deshalb bei diesem Traktandum die Sitzung leiten wird.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Dem Büro-Protokoll der Sitzung vom 25.10.2024 konnte man entnehmen, dass der Stadtrat an seinem ersten Antrag für Betriebskostenbeiträge in der Höhe von TCHF 800 im Jahr 2025, TCHF 750 im Jahr 2026 und TCHF 700 im Jahr 2027 festhält.

Peter Küng (SP) stellt als Präsident der Finanzkommission (FIKO) den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2024-6a vor: Zuallererst möchte er sich für den Fauxpas im Bericht entschuldigen, weil er bei der Fraktionsbezeichnung FDP die Mitte vergessen hatte und diese fälschlicherweise nicht als «FDP/Mitte»-Fraktion bezeichnet hatte. Er möchte nicht den ganzen Bericht vorlesen, sondern auf die zwei wichtigsten Punkte eingehen, welche in den FIKO-Beratungen am meisten zu diskutieren gaben. Als erstes zur Finanzsituation. Den beiden Vorlagen konnte man entnehmen, dass sich die Finanzlage der Sport- und Volksbad Gitterli AG sehr verbessert und stabilisiert hat. Das heisst aber nicht, dass sich die Finanzlage nicht auch wieder schnell ändern kann. Das ist auch der Hauptgrund dafür, weshalb die FIKO dem Einwohnerrat beantragt, die Betriebsbeiträge nicht so stark zu reduzieren, sondern man soll etwas vorsichtiger in den nächsten 3 Jahren sein. Wenn man die Einnahmen anschaut, dann sieht man die erwähnenswerten höheren Beiträge der Nachbargemeinden an das Gitterli-Bad, welche bereits im 2024 um rund TCHF 120 höher sein werden als vorher. Die FIKO erwartet, dass der Stadtrat und das Gitterli diese Einnahmen auch weiterhin erhöhen werden können. Zwei Punkte bezüglich möglicher Mehreinnahmen sollten noch angeschaut werden. So beispielsweise die finanzielle Beteiligung des Kantons. Man ist gerade jetzt in den Verhandlungen für KASAK 5 und es wäre schon wünschenswert, dass sich der Kanton auch an Zentrumsfunktionen wie das Gitterli-Bad beteiligen würde. Vielleicht kann der Stadtrat dann auch noch über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Kanton informieren. Ferner wäre es wünschenswert, wenn man noch weitere Mehreinnahmen von Nachbargemeinden generieren könnte. Bei den Einnahmen spielen auch die Eintrittspreise eine Rolle und dem Bericht kann man entnehmen, dass sich bei diesem Punkt die FIKO nicht ganz einig ist. Aber der Grundtenor und die Erwartung ist schon, dass angesichts der nicht so stark reduzierten Betriebsbeiträge der Stadt die Eintrittspreise nicht so stark erhöht werden sollen wie das vorausgeplant ist. Dieser Entscheid muss jedoch dem Verwaltungsrat überlassen werden. Der zweite Diskussionspunkt ist die Nachhaltigkeit des Gitterli-Bad, was ja auch schon beim vorgängigen Traktandum angesprochen wurde. Das Gitterli ist mit seinem grossen Energie- und Wasserverbrauch sowie der Abwasserproblematik sicher nicht ein Vorzeigeprojekt in Sachen Nachhaltigkeit, doch dürfte beispielsweise die Wasserreinigung noch ausbaubar sein. Die FIKO erwartet deshalb, dass man spätestens bei den nächsten Verhandlungen im Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung über die Bemühungen sowie Resultate im Zusammenhang mit der Reduktion des CO₂-Ausstosses berichten wird. Im Zusammenhang mit dem erwähnten Votum beim vorgängigen Geschäft zum Thema Nachhaltigkeit möchte er doch in einer persönlichen Meinungsäusserung festhalten, dass die Nachhaltigkeit doch auch eine soziale Aufgabe hat, verbringen doch viele Menschen aus Liestal einen grossen Teil ihrer Ferien im Schwimmbad Gitterli. Das Schwimmbad bedeutet Freiheit, Natur, Begegnungen und auch Freundschaften, was er sehr tief miterlebt hat. Als dritter Punkt der sozialen Aufgabe muss doch auch der Schwimmunterricht für die Stadt Liestal und seine Nachbargemeinden erwähnt werden. Die FIKO beantragt die Betriebskostenbeiträge um TCHF 100 zu reduzieren, was TCHF 800 im Jahr 2025, TCHF 775 im Jahr 2026 und TCHF 750 im Jahr 2027 entspricht. Das Darlehen von TCHF 775 soll mit der Laufzeit vom 1.1.2027 bis 31.12.2036 um 10 Jahre verlängert werden. Abschliessend möchte er dem Verwaltungsrat und vor allem auch dem

Personal des Gitterli für die tollen Arbeiten bestens danken, welche im Gitterli-Bad geleistet werden.

Florian Sennhauser (FDP) erklärt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass man erfreut zur Kenntnis genommen hat, dass der Stadtrat den Forderungen der FIKO aus dem Jahr 2022 nachgekommen ist. Zum einen sind die höheren Beteiligungen der Nachbargemeinden angestrebt worden. Ein grosser Dank gilt an dieser Stelle den Gemeinden, welche das Sport- und Volksbad Gitterli mit Beiträgen unterstützen und damit die Kosten verbrauchsgerechter verteilen. Durch das zusätzliche Engagement der Gemeinden und durch die Bemühungen vom Stadtrat haben so die auswärtigen Beiträge jährlich um TCHF 120 erhöht werden können. Ebenfalls ist man erfreut, dass der Stadtrat gewillt ist, die Betriebskostenbeiträge ans Bad zu reduzieren. Aktuell belasten die TCHF 900, welche die Stadt jährlich zu zahlen hat, unsere Finanzen. Mit einer Reduktion von diesen Beiträgen und der Umsetzung der Aufgabenüberprüfung hat auch die Stadt Liestal wieder ein bisschen mehr Luft zum Atmen. Das kommt vor allem dem Selbstfinanzierungsgrad der Stadt zugute. Der tiefe Selbstfinanzierungsgrad ist aktuell ein wesentliches Problem für Liestal und führt dazu, dass die Stadt bei den Investitionen ihre Verschuldung weiter erhöhen muss. Seine Fraktion hat auch lange darüber diskutiert, ob die vom Stadtrat beantragte Reduktion bei den Betriebskostenbeiträgen sinnvoll ist. Wir möchten verhindern, dass das Sport- und Volksbad Gitterli durch die Beiträge von der Stadt das Eigenkapital aufbessern kann. Vielmehr sollen die Betriebskostenbeiträge der Stadt der Namensgebung entsprechen und die Beiträge sollen sicherstellen, dass der Betrieb gewährleistet ist. Eine Verbesserung vom Eigenkapital wird nämlich durch das nachrangige Darlehen der Stadt gewährleistet. Jetzt stellt sich noch die Frage, wie hoch denn die Betriebskostenbeiträge effektiv sein sollen. Seine Fraktion hat es sich schwer mit dieser Frage gemacht. Zum einen sehen wir den Kompromissvorschlag der FIKO, welcher dort einstimmige Unterstützung erhalten hat. So sind gewisse Fraktionsmitglieder der Meinung, dass der Stadtrat mit der Senkung von diesen Betriebskostenbeiträgen etwas zu optimistisch gewesen ist. Der Kompromissvorschlag der FIKO sieht eine geringere Absenkung von diesen Beiträgen innert 3 Jahren auf TCHF 750 vor. Das wäre eine kleine Reduktion, würde aber trotzdem im Vergleich zum Status Quo zu wesentlich tieferen Betriebskostenbeiträgen der Stadt führen. Das wäre gemäss gewissen Mitgliedern der Fraktion eine gangbare Variante. Es entsteht weniger das Risiko für das Gitterli, bei allfälligen Kostenschwankungen wieder auf das Rettungsboot der Stadt Liestal angewiesen zu sein. Und für die Stadt Liestal ist es auch mehr Gewissheit, dass die Betriebskostenbeiträge nachhaltig gesenkt werden können und man nicht einen allfälligen Rückschritt machen muss. Ebenfalls liebäugeln Teile der Fraktion mit dem Antrag vom Stadtrat. Der Antrag vom Stadtrat sieht eine Absenkung von diesen Beiträgen auf TCHF 700 vor, was im Vergleich zum FIKO-Antrag kumuliert höhere Kosteneinsparungen von TCHF 75 entsprechen würde. Und wenn man das auf die 3 Jahre und mit Berücksichtigung der Aufgabenüberprüfung anschaut, so wäre es also sinnvoll, dem Stadtratsantrag zu folgen. Inwiefern die Reduktion einen Einfluss auf die Eintrittspreise vom Bad hat, soll für den heutigen Entscheid nicht relevant sein. Der Verwaltungsrat des Sport- und Volksbad Gitterli soll selber über eine allfällige Preiserhöhung befinden, um die Wirtschaftlichkeit vom Bad mit den gegebenen Mitteln aufrecht erhalten zu können. Es soll nicht die Aufgabe der Stadt sein, durch ihre finanziellen Beiträge die Eintrittspreise künstlich tief zu halten. Ebenfalls für den stadträtlichen Antrag spricht, dass das nachrangige Darlehen nur in Kombination mit den tieferen Betriebskostenbeiträgen anboten worden ist. Würde man also die Beiträge höher ansetzen, als dies dem Antrag des Stadtrates entspricht, so würde man den Fünfer und auch das Weggli vergeben. Seine Fraktion ist also geteilter Meinung, wenn es um das Thema Betriebskostenbeiträge an das Sport- und Volksbad Gitterli geht. Eine Mehrheit hat sich jedoch dafür ausgesprochen, dem stadträtlichen Antrag zu folgen, um auch die Wirkung der höheren Reduktion testen zu können. Einigkeit hingegen herrscht bei seiner Fraktion bezüglich der anderen Anträge. Die Verlängerung vom nachrangigen Darlehen macht durchaus Sinn. Der Stadtrat hat verständlich aufgezeigt, wieso eine Trägerschaft ohne Beteiligung der Stadt unmöglich ist und dass die Schliessung vom Bad keine Option darstellt. Aus dem Grund wird auch der Abschreibung des Postulates Nr. 2021-77 zugestimmt.

Michael Durrer (GL) informiert, dass die Grüne Fraktion die FIKO-Anträge unterstützt. Damit möchte man auch einen massiven Anstieg der Eintrittspreise in den nächsten Jahren verhindern. Diese sollen, wenn überhaupt, nur moderat steigen. Die Eintrittspreise sind auch in der FIKO intensiv diskutiert worden. Er möchte auch hier noch einmal betonen, dass es nicht darum geht, sich operativ oder strategisch einzumischen. Aber es geht darum, dass man sowohl in den vergangenen Jahren und voraussichtlich auch in den kommenden sehr viel Geld in das Bad bezahlt, damit wir uns das Gitterlibad leisten können. Das macht es doch auch absolut berechtigt, dass man auch gewisse Erwartungen an die Sport- und Volksbad Gitterli AG formulieren kann. Dies wären deshalb bezahlbare Eintrittspreise. Es nützt uns nichts, wenn wir uns ein teures Bad leisten, doch dann kann niemand die Eintritte bezahlen. Auch sollte man sich darum bemühen, dass höhere Einnahmen generiert werden können, sei dies durch Beiträge anderer Gemeinden, Kostenbeiträge des Kantons oder durch andere Einnahmequellen. Und weil das Gitterli-Bad in diesem Bereich zu den Grossverbrauchern gehört, erwarten wir eben auch, dass man Bemühungen unternimmt, damit der Energie- und CO₂-Verbrauch so schnell wie möglich reduziert werden kann. Über die diesbezüglichen Ergebnisse soll im Zusammenhang mit der neuen Leistungsvereinbarung berichtet werden. Diese Erwartungen kann man als grosser Geldgeber durchaus formulieren, ohne dass man gleich Vorschriften bezüglich der Festlegung der Eintrittspreise macht. Mit den leicht über den vom Stadtrat geforderten Beiträgen werden einerseits die geleisteten Arbeiten anerkennt, denn so konnten beispielsweise Gemeinden mit höheren Beitragszahlungen gewonnen werden. Und andererseits bewegt sich auch das Gitterli-Bad ganz grundsätzlich in einem schwierigen Umfeld, in welchem die meisten anderen Bäder auch mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen haben. Das Ziel der Aufgabenüberprüfung wird explizit nicht in Frage gestellt und man steht nach wie vor hinter dem Stadtrat und der heutige Beschluss mit einer leichten Abweichung soll darum aus Sicht seiner Fraktion auch unbedingt eine Ausnahme bleiben. Entsprechend ist die Sport- und Volksbad Gitterli AG nach wie vor in der Pflicht, bis zum Abschluss der nächsten Leistungsvereinbarung alles zu unternehmen, um zukünftig mit weniger hohen Beiträgen der Stadt Liestal auskommen zu können.

Alexandra Muheim (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag, dass der Einwohnerrat die Betriebskosten für die Sport- und Volksbad Gitterli AG in der Höhe von TCHF 800 im Jahr 2025, TCHF 800 im Jahr 2026 und TCHF 800 im Jahr 2027 beschliesst. Mit den linearen Betriebskostenbeiträgen von TCHF 800 sollten die Kürzungen für die nächsten drei Jahre etwas abgeschwächt werden. Ihrer Fraktion ist es extrem wichtig, dass die Eintrittspreise weiterhin für alle und nicht nur für wenige erschwinglich bleiben, weshalb dieser Änderungsantrag unterbreitet wird. Die anderen Anträge der FIKO wird man unterstützen. An dieser Stelle möchte sie nochmals betonen, dass der soziale Faktor des Gitterli-Bad extrem wichtig ist für die Stadt Liestal. Es ist ein Ort für Gross und Klein sowie für Alt und Jung und ebenfalls ein Ort, wo man geniessen, sich austauschen und Zeit verbringen kann. Erfreut hat man ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass einige Gemeinden grössere Beiträge leisten werden. Auf die Nachhaltigkeit sollte immer ein Auge behalten werden. Diesbezüglich werden bereits schon viele Sachen von den Verantwortlichen verfolgt und gerade im Zusammenhang mit dem Wasserkreislauf würde sich wohl eine monetäre Investition bestimmt lohnen, damit man die Umwelt weniger belastet und am Schluss von diesen Kosten weniger belastet würde. Weiters möchte man noch den Denkanstoss machen und festhalten, dass die Stadt nebst den hohen Betriebskostenbeiträgen jährlich auch noch TCHF 25 an Baurechtszinsen an die Bürgergemeinde Liestal bezahlt. Vielleicht könnte sich diesbezüglich die Bürgergemeinde auch noch zu Gunsten des Gitterli-Bad engagieren. Abschliessend möchte man dem Gitterli-Team den besten Dank aussprechen.

Domenic Schneider (GLP) legt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion dar, dass man beim Gitterli-Bad immer mehr in Richtung einer guten regionalen Lösung gelangt. Erfreulicherweise haben Füllinsdorf und Lausen ihre Gemeindebeiträge erhöht und die Reduktion der Beiträge von Liestal wäre vermutlich nicht gerade ein gutes Signal, zumal die Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden in den letzten Jahren massiv verbessert werden konnte. Das

Gitterli-Bad selber zeigt ja bereits auf, dass man verantwortungsbewusst die Aufgaben und den Auftrag wahrnimmt und positiv arbeitet. Aus diesem Grund wird die GLP/EVP-Fraktion die Anträge der FIKO unterstützen. Im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsproblematik bei Sportstätten möchte er darauf hinweisen, dass sich beim Fussballplatz eine Tartanbahn befindet, die Turnhallen zum Teil über einfach verglaste Fenster verfügen usw. Soll man dies alles abreißen oder sollten wir vielleicht nicht doch etwas im Rahmen bleiben und realistische Vorschläge machen? Und wenn sich die SBB im Zusammenhang mit dem Bahnhof Liestal ein Beispiel am Gitterli-Bad nehmen würde, so hätten wir wohl auch auf dem Bahnhof relativ bald Abfallbehälter, bei welchen man die Abfälle gesondert und getrennt entsorgen kann. Dies und weitere Dinge, welche das Gitterli bereits macht, wissen und beachten wir wohl kaum.

Marius Ziegler (SVP) orientiert als SVP-Fraktionssprecher, dass das Gitterli-Bad gut arbeitet und die Zahlen wirklich in eine erfreuliche Richtung gehen. Es ist schon viel geschwätzt worden und er möchte nicht mehr viele Worte verlieren und lediglich noch festhalten, dass seine Fraktion die FIKO-Anträge unterstützen wird.

Bernhard Bonjour (SP) bemerkt als Einzelsprecher, dass er es grossartig findet, dass man sich in Liestal völlig einig ist, dass man sich den Luxus des Gitterli-Bad leisten will. Er hat gemerkt, dass auch sehr viele emotionale Bindungen zum Bad bestehen. Auch ist ihm die soziale Funktion des Bades sowie dessen Ausstrahlung für Liestal durchaus bewusst. Er möchte aber doch auf ein Kuriosum aufmerksam machen, welches ihm halt schon etwas aufstösst. Von der FIKO ist das Postulat Nr. 2021-77 mit einer klaren Forderung eingereicht worden, welche vom Einwohnerrat akzeptiert und an den Stadtrat überwiesen wurde, damit sich dieser Überlegungen bezüglich einem Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG machen kann. Der Stadtrat sagt dann in seinem Bericht, dass es ihm zu blöd ist, sich diesbezüglich Überlegungen zu machen, denn allen wollen ja das Gitterli-Bad erhalten und deshalb will man die stadträtlichen Ressourcen für etwas anderes brauchen. Das darf er ja durchaus finden. Und dann beantragt die FIKO als Verfasserin des Vorstosses dem Einwohnerrat, dass das Postulat erfüllt ist und deshalb abgeschrieben werden soll. Es ist schon ein Kuriosum und für ihn auch kein grosses Problem, wenn man heute gleich dieses Postulat als „nicht erfüllt“ abschreiben wird.

Richard Gafner (FDP/Mitte) meint, dass uns wohl allen bewusst ist, dass das Sport- und Volksbad Gitterli ein attraktives Freizeitangebot ist, welches ja übergangsweise sogar von einem weiteren auswärtigen Schwimmclub noch genutzt wird. Dieses attraktive Angebot soll auch so bleiben. Es ist auch klar, dass das Gitterli-Bad in Konkurrenz zu umliegenden Bädern steht. Er habe in den vorgängigen Diskussionen zum heutigen Geschäft aber verstanden, dass das Gitterli-Bad in den nächsten Jahren diverse Investitionen plant, welche durch die vom Stadtrat vorgeschlagenen tieferen Betriebskostenbeiträge gefährdet oder eine stärkere Erhöhung der Eintrittspreise notwendig machen würden. Andererseits hat die Stadt Liestal für notwendige Investitionen oder auch in Spezialsituationen, er denkt dabei insbesondere auch an die Corona-Pandemie, immer wieder Geld zur Verfügung gestellt. So ist er überzeugt, dass dies auch bei tieferen Betriebskostenbeiträgen weiterhin möglich wäre, sollte dies wirklich notwendig sein. Und bezüglich der Eintritte bzw. der regelmässigen Nutzung des Gitterli-Bad hat er schon von verschiedenen Badbesuchern immer wieder gehört, dass sie sich nicht primär an den Eintrittspreisen stören. Sie finden es viel störender, dass nach dem Feierabend immer mehr Bahnen reserviert sind und die privaten Stammkunden, welche den vollen Eintrittspreis zahlen, sich mit einer Bahn begnügen müssen. Der daraus folgende Dichtestress führt dazu, dass sie sich andere Bäder für ihren Schwimmsport suchen, auch wenn sie dort einen höheren Eintrittspreis bezahlen müssen. Er denkt also, dass es nicht nur eine Frage der Eintrittspreise ist, welche das Gitterli-Bad attraktiv machen. Genau so wichtig ist, dass man sich dort wohlfühlen und auch seinem Sport nachgehen kann.

Marius Ziegler (SVP) hält fest, dass vorher das Gitterli-Bad als Luxus bezeichnet wurde, welchen sich die Stadt Liestal leistet. Er fragt sich vielmehr, ob wir es uns leisten können, dieses Bad nicht zu haben? Er ist Familienvater und seine Kinder lernen dort schwimmen und er findet den Schwimmunterricht elementär wichtig und gar lebensnotwendig.

Michael Durrer (GL) meldet sich als FIKO-Mitglied nochmals zu diesem Geschäft und stellt fest, dass nun drei Anträge für reduzierte Betriebskostenbeiträge vorliegen und keiner der Anträge ist mit irgendwelchen Auflagen im Zusammenhang mit Eintrittspreisen, nicht abgesperrten Bahnen, Netto-Null im übernächsten Jahr usw. verknüpft. Er hatte lediglich seine Erwartung geäußert, dass man etwas unternimmt, um den Energie-Verbrauch reduzieren zu können, macht doch der CO₂-Verbrauch vom Bad immerhin rund 15 Prozent aus. Das Gitterli-Bad hat gut gearbeitet und man konnte Gemeinden dazu gewinnen, was doch sehr erfreulich ist. Er hatte die Diskussionen in der FIKO gut gefunden und man ist in der Kommission auch zu einem einstimmigen Antrag an den Einwohnerrat gekommen. Nun läuft es etwas in verschiedene Richtungen bzgl. den unterschiedlichen Beitragskosten-Anträgen, was ihn doch etwas irritiert, doch ist er auf die anschliessenden Abstimmungen gespannt.

Stadtrat Lukas Felix findet die Debatte interessant und ist von Vorredner Bernhard Bonjour (SP) auf sein Votum gebracht worden. Er möchte alle auf eine kleine Zeitreise mitnehmen und aufzeigen, weshalb das Gitterli-Bad für den Stadtrat so wichtig ist, für diesen eine Schliessung nicht in Frage kommt und weshalb der Stadtrat an seinem ursprünglichen Antrag festhalten möchte. Auch er hatte in den Neunzigerjahren auf der Stange im Bad gesessen, welche schon damals eine Institution war. Die Rutschbahn ist im Hallenbad demontiert und draussen wieder aufgebaut worden. Dann wurde beispielsweise probiert, dass man unter der untersten Sprosse vom Absperrgitter unten durch tauchen kann. Ziel war es, dass man am längsten die Luft im Wasser anhalten konnte. Einen Teil der Jugend hatte man im Gitterli-Bad verbracht, welches man mit der Fun-Card gratis besuchen konnte. Nach jedem Sommerlager der Pfadi war man vier Wochen im Gitterli-Bad und schlimm ist es gewesen, als man mit den Eltern noch in die Ferien ging, weil man sich in dieser Zeit nicht mehr mit Freunden und Freundinnen im Gitterli treffen konnte. Er hatte im Gitterli-Bad das Schwimmen erlernt und dies werden dort auch seine Kinder und die Primarschulkinder tun. Dies ist für ihn auch sehr wichtig, wie es bereits von Marius Ziegler (SVP) gesagt wurde. Es geht nicht um Sport und Höchstleistungen, sondern es geht darum, dass unsere Kinder im Wasser nicht ertrinken. Das Gitterli-Bad ist eine Institution und gehört zum Aufwachsen in Liestal und der ganzen Region. Es ist ein Treffpunkt für Familien, Jugendliche, Erwachsene oder ganz einfach für die ganze Bevölkerung. Nachher diskutieren wir wieder darüber, dass sich die jungen Menschen viel zu lange mit dem Handy, den Computerspielen usw. beschäftigen. Nein, wir müssen wirklich Zeit und Geld in unsere Freizeitaktivitäten, die Sportinfrastruktur und die Vereine investieren, damit wir in Liestal gerne zusammenleben können. Und jetzt springt er ins Jahr 2022. Er und ein paar Andere sitzen noch am gleichen Ort und wir diskutieren über die Zukunft und über die Finanzierung vom Gitterli-Bad. Nach der Corona-Krise diskutieren wir darüber, ob wir einen Plan B für das Gitterli-Bad brauchen, denn diese hat Spuren in der Kasse vom Gitterli-Bad hinterlassen. Die finanzielle Situation vom Bad und der Stadt sieht im Jahr 2022 nicht gut aus. Der Stadtrat hat eine Aufgabenüberprüfung durchgeführt und eine der grössten ungebundenen Ausgaben, welche wir in Liestal haben, ist halt doch das Gitterli-Bad. Wir zahlen pro Einwohnerin und Einwohner immerhin 56 Franken pro Jahr für das Gitterli-Bad. Und darin sind, wie vorgängig richtig bemerkt worden ist, die Baurechtszinsen der Bürgergemeinde noch nicht berücksichtigt. Wir sind uns alle einig, da haben wir Handlungsbedarf und damit fängt die Arbeit für den Stadtrat, aber auch für den Verwaltungsrat und für die Mitarbeitenden vom Gitterli-Bad an. Es braucht alle, damit der Karren aus dem Dreck gezogen werden kann. Als Stadtrat reden wir mit den umliegenden Gemeinden und motivieren zu mehr Schulschwimmen. Bei dieser Gelegenheit möchte er sich auch bei Stadtpräsident Daniel Spinnler bedanken, welcher ihn bei diesen Anstrengungen unterstützt hatte, woraus rund TCHF 120 pro Jahr als Mehreinnahmen von Nachbargemeinden resultierten. Ganz speziell herausheben möchte er die Gemeinden Füllinsdorf und Lausen, welche ihre Beiträge an das Gitterli-Bad teilweise mehr als verdoppelt haben. Auch

möchte er sich beim Geschäftsführer und bei allen Mitarbeitenden vom Gitterli-Bad für ihre Anstrengungen in den letzten Jahren bedanken, denn sie tragen dazu bei, dass das Bad eine so gute Institution in Liestal ist. Es wird nichts unversucht gelassen, um weitere Einnahmen generieren und den Betrieb verbessern zu können. Der Stadtrat arbeitet weiter daran, dass sich auch der Kanton und weitere Gemeinden am Bad beteiligen werden. Und heute im Jahr 2024 liegt eine Vorlage vor, welche aufzeigt, was in den letzten zwei Jahren geleistet worden ist. Und nun ist es auch soweit, dass wir das in der Aufgabenüberprüfung gesetzte Ziel auch erreichen können. Dies ist möglich, ohne damit den Betrieb vom Gitterli-Bad zu gefährden. Darum hält der Stadtrat an seinen Anträgen fest. Und wohl alle haben am Schluss den Erhalt des Gitterli-Bades als Institution zum Ziel.

Vizepräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Betriebskostenbeiträge

Vizepräsident Philipp Franke (GL) erklärt, dass er nun über die 3 vorliegenden Anträge des Stadtrates sowie der FIKO abstimmen und ausmehren lässt.

Der schriftlich eingegangene Antrag der SP-Fraktion wird verlesen und der FIKO-Antrag gemäss Kommissionsbericht Nr. 2024-6a in Erinnerung gerufen.

://: Dem Antrag der SP-Fraktion (Betriebskostenbeiträge von je TCHF 800 für die Jahre 2025-2027) stimmen 9 Ratsmitglieder zu, grossmehrheitlich wird der FIKO-Antrag (Betriebskostenbeiträge im Jahr 2025 von TCHF 800, 2026 von TCHF 775 und 2027 von TCHF 750) mit 27 Stimmen unterstützt.

://: Der FIKO-Antrag (Betriebskostenbeiträge im Jahr 2025 von TCHF 800, 2026 von TCHF 775 und 2027 von TCHF 750) wird von 33 Ratsmitgliedern und der Stadtratsantrag (Betriebskostenbeiträge im Jahr 2025 von TCHF 800, 2026 von TCHF 750 und 2027 von TCHF 700) von 3 Ratsmitgliedern unterstützt.

://: In der Schlussabstimmung wird dem FIKO-Antrag mit Betriebskosten von TCHF 800 im Jahr 2025, TCHF 775 im Jahr 2026 und TCHF 750 im Jahr 2027 einstimmig zugestimmt.

Darlehen

Vizepräsident Philipp Franke (GL) hält fest, dass der Stadtrat dem FIKO-Antrag zustimmt und er nun über den neuformulierten FIKO-Antrag abstimmen lässt.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat ein nachrangiges Darlehen an die Sport- und Volksbad Gitterli AG in der Höhe von TCHF 775 mit Laufzeit per 1.1.2027 bis zum 31.12.2036.

Kenntnisnahme von Bericht zu Postulat Nr. 2021-77

Vizepräsident Philipp Franke (GL) erklärt, dass er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der FIKO abstimmen lassen.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig den stadträtlichen Bericht zum Postulat Nr. 2021-77 «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen?» zur Kenntnis.

Abschreibung von Postulat Nr. 2021-77

Vizepräsident Philipp Franke (GL) erklärt, dass er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der FIKO abstimmen lassen.

://: Mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme schreibt der Einwohnerrat das Postulat Nr. 2021-77 «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen?» als erfüllt ab.

5. Velostation – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Nachtragskredit für Velostation am Bahnhof Liestal (Nr. 2024-7)

Peter Bürgin (FDP) stellt als Präsident der Bau- und Planungskommission (BPK) den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2024-7a vor: Wir reden hier über einen Nachtragskredit in einem langfristigen Bauprojekt. Nach Erfahrung muss bei Bauprojekten allgemein und ganz speziell bei solchen über einen langen Zeitraum davon ausgegangen werden, dass vor allem die Einhaltung der Kosten eine sehr anspruchsvolle Aufgabe darstellt. Die Schnittstellen zum Vierspurausbau und vor allem der Umgang mit Grossfirmen wie der Implenia AG sind sehr anspruchsvoll und bedingen Fachkompetenz und Durchsetzungsvermögen. Vor sechs Jahren ist über das Projekt Velostation mit dem Baukredit in der Höhe von 4,96 Millionen inklusive Mehrwertsteuer abgestimmt worden. Mit Stand Juli 2024 hat die Stadtverwaltung eine Endkostenprognose zusammengestellt, was einen Nachtragskredit von TCHF 600 hervorgebracht hat. Mehr als die Hälfte davon ist auf die Teuerung der vergangenen Jahre zurückzuführen. Die Kosten sind in den Positionen Baumeisterarbeiten, Möblierung, Innenausbau sowie Honorare von Planungsarbeiten dargestellt worden. Bei der Möblierung und beim Innenausbau konnten sogar Einsparungen gemacht werden, was der Initiative der Projektleitung von der Stadt Liestal zu verdanken ist. Die Implenia AG hat die verschiedenen Nachträge beantragt, welche im Bereich Teuerung, berechnete Nachträge und nicht berechnete Nachträge unterteilt werden können. Nachträge bezüglich der Honorare sind erst mündlich vorangezeigt worden und liegen nicht schriftlich vor. Die Arbeiten sind grundsätzlich alle abgeschlossen und somit ist auch der Zeitpunkt für Nachträge grundsätzlich eigentlich vorbei. Mit der Implenia AG ist ein globaler Vertrag abgeschlossen worden. Die Teuerung ist ein Bestandteil vom Vertrag und somit sind diese Mehrkosten berechnete. Gesamthaft ergibt sich über die lange Projektdauer eine Teuerung von 11 Prozent, was für den Baumeister TCHF 343 und für den Ingenieur TCHF 17 ausmacht. Die gesamten und vertraglich zugesicherten Mehrkosten bezüglich Teuerung von TCHF 360 sind für die BPK unbestritten. Für die BPK ist auch relativ schnell klar geworden, dass unter diesen 8 Nachträgen nur die Nachträge 1 und 2 als berechnete eingestuft werden können und von der Projektleitung auch schon genehmigt wurden. Die Kosten für die Nachträge 1 und 2 belaufen sich auf CHF 48'645 inklusive Mehrwertsteuer. Alle anderen Nachträge sind unberechnete und beziehen sich auf Ausführungen, welche einerseits nicht ausgeschrieben oder abgesprochen wurden sowie andererseits durch Koordinationsprobleme, welche unter den Lieferanten zustande gekommen sind. Die Beiträge aus dem Agglomerationsprogramm und dem Pendlerfonds sind nach wie vor zugesichert. Gemäss Vereinbarung vom 1. November 2021 beträgt der Beitrag vom Agglomerationsprogramm 40 Prozent von den anrechenbaren Kosten, jedoch maximal 1,61 Millionen exklusiv Mehrwertsteuer und exklusiv Teuerung auf der Preisbasis April 2016. Hochgerechnet auf die heutige Situation inklusiv Teuerung von 11 Prozent und die Mehrwertsteuer beläuft sich neu der Betrag vom Agglomerationsprogramm auf 1,96 Millionen anstelle 1,61 Millionen gemäss Abstimmungsbroschüre vom September 2018. Nach wie vor ist der Pauschalbetrag von TCHF 500 vom Pendlerfonds Basel-Stadt zugesichert. Die Benutzungs- und Gebührenordnung sowie die Hausordnung für die Velostation sind am 2. Juli 2024 vom Stadtrat beschlossen worden. Je nach Auslastung wird mit jeglichen Einnahmen von TCHF 20 bis TCHF 40 gerechnet. Es ist zu hoffen, dass die Einnahmen wie geplant realisiert werden können. Die jährlichen Abschreibungen werden auf 30 Jahre ausgelegt und betragen TCHF 89 pro Jahr. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einen Nachtragskredit von TCHF 410 Franken, was im Kommissionsbericht detailliert begründet wird. Das Projekt ist noch nicht ganz abgeschlossen und es bleibt im Moment das Risiko von weiteren Nachträgen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) dankt dem BPK-Präsidenten für die Vorstellung des Kommissionsberichtes und stellt fest, dass er eingangs vergessen hatte, die Eintretensfrage zu stellen, was er nun nachholt.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten im Rat unbestritten ist.

Werner Fischer (FDP) möchte als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion kurz aufzeigen, wie die BPK zu ihrem Entscheid gekommen ist. Die Arbeiten für die Velostation sind als Globalpreis vergeben worden und dies ist ein typischer Baubegriff aus dem Werkvertragsrecht. Meistens vergibt man im Bau die Aufträge als Einheitspreisverträge, in welchen man beispielsweise den Preis für den Kubikmeter Beton fixiert. Und wenn ich etwas zum Globalpreis verbe, so verschiebt sich die Einheit von einem Stückpreis, wo es Differenzen geben kann, zu einem Stückpreis, bei welchem es keine Diskussionen bezüglich Mehr- oder Mindermengen mehr gibt. Deshalb ist die BPK zum Entscheid gekommen, dass man die zusätzlichen Nachträge nicht bewilligt. In einer Norm von SIA 118 heisst es explizit, dass der Unternehmer allfällige Mengenangaben in den Ausschreibungsunterlagen prüft und dann macht man einen Pauschal- oder einen Globalpreis. Der Pauschalpreis ist nicht teuerungsberechtigt, der Globalpreis hingegen schon. Die gleiche Bestimmung steht auch in Art. 273 Abs. 2 des Obligationenrechts. Nach Aussage des Projektleiters der Stadt Liestal sind die Nachträge sehr spät eingegangen. In der BPK sind ebenfalls die Bedenken diskutiert worden, dass die Implemia AG wegen den Kürzungen auf TCHF 410 gegebenenfalls noch gegen die Stadt vor Gericht gehen könnte. Er hatte diesbezüglich etwas gegoogelt und herausgefunden, dass rund 65 Prozent aller Bau-nachforderungen, welche vor Gericht landen, vom Gericht abgelehnt werden. Auch dürfte es nicht geschickt sein, wenn eine Baufirma gegen Kunden wie Bund, Kanton und Gemeinden vor Gericht geht.

Anja Weyeneth (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecherin, dass ihre Fraktion das Vorgehen der SBB sowie Implemia AG nicht erfreut. Es kann ja nicht Verhandlungsbasis sein, nach der Fertigstellung noch mit ungenauen Mehrkosten an die Stadt zu gelangen. Dass ein grosser Player wie die Implemia AG versucht, solche Methoden anzuwenden, oder gar hofft, dass die Stadt nach der Fertigstellung gar nicht mehr „nein“ sagen wird, kann ja schon nicht sein. Wir sind auch nicht bereit, das unternehmerische Risiko als Stadt abzufedern, nur weil es Koordinationsprobleme der Lieferanten gab oder es an Absprachen untereinander mangelte. Handkehrum sind auch keine Minderkosten vom Unternehmen berücksichtigt worden, welche es ja durchaus mit geleisteten Arbeiten durch die Stadt gegeben hatte. Ihre Fraktion hat in der BPK-Beratung auch den Vorschlag für eine Sistierung eingebracht. Schlussendlich sind wir aber der Meinung, dass das bezahlt wird, was gerechtfertigt ist. Das ist beispielsweise die Teuerung bei den Baumeister- und Ingenieurarbeiten sowie die Mehrkosten, welche wegen Zusatzaufträgen entstanden sind. Die SP-Fraktion stärkt die stadträtliche Verhandlungsbasis und stimmt dem Antrag der BPK für den reduzierten Nachtragskredit von TCHF 410 inklusive Mehrwertsteuer zu.

Markus Rudin (SVP) führt als Sprecher der SVP-Fraktion aus, dass wir glücklicherweise in der BPK kompetente Leute haben, welche vom Bau sind und tagtäglich mit solchen Fragen zu tun haben. So hatte er beispielsweise erfahren, dass die Teuerung bezahlt werden muss, was er selbst bis anhin auch nicht wusste. Die Mehrkosten wegen der Teuerung werden bezahlt, jedoch werden nicht berechnete Nachträge von der Stadt nicht bezahlt. Seine Fraktion wird den BPK-Antrag einstimmig unterstützen.

Anita Baumgartner (GL) verzichtet als Sprecherin der Grünen Fraktion auf Wiederholungen und möchte sich an dieser Stelle aber doch noch für den sauber verfassten BPK-Bericht bedanken, in welchem alles drin steht, was in der Vorberatung diskutiert wurde. Der BPK-Antrag wird von ihrer Fraktion ebenfalls unterstützt, denn es wäre ein falsches Signal gegenüber den Bauunternehmen, wenn der Einwohnerrat noch Geld auf Vorrat für einen Nachtragskredit bewilligen würde, welcher wahrscheinlich für ungerechtfertigte Nachträge wäre.

Sonja Niederhauser (EVP) möchte als GLP/EVP-Fraktionssprecherin nicht auf die Zahlen eingehen und zuallererst auch für den BPK-Bericht danken. Ihr stösst es etwas sauer auf, dass man klar und deutlich von nicht berechtigten Nachträgen redet. In der BPK war man sich einig, welche Positionen als gerechtfertigt angeschaut werden. Aber es ist nicht ganz klar, ob von denen, welche wir nicht berücksichtigt haben, allenfalls doch noch gewisse Forderungen

gerechtfertigt wären. Wir müssen uns also bewusst sein, dass wir gegebenenfalls noch einen Nachtrag von einem Nachtrag bekommen werden. Allerdings müssten dann die Begründungen doch noch etwas besser werden, ansonsten wird es schwierig, dass man in der BPK und im Einwohnerrat eine Zustimmung bekommen wird. Grundsätzlich sind wir von der GLP/EVP-Fraktion erfreut darüber, dass so ein Langzeitprojekt mit einem so grossen Betrag doch sehr präzise abgeschlossen werden kann. Das ist nicht so einfach und dass die Teuerung anfällt ist absolut unbestritten. Ihre Fraktion freut sich, wenn nun die Velostation endlich aufgeht und vor allem auch darauf, dass für den Weg zur Velostation der Veloweg benutzt werden kann. Der sieht ja schon sehr lange fertig aus, ist aber immer noch abgesperrt. Dies führt halt nach wie vor zu Situationen, wo das Fahrrad auf die Fahrbahn ausweichen muss und das Auto hintendran sich nicht achtet und folglich bremsen muss. Es kommt zu gefährlichen Situationen und vor allem die Kinder dürften sich über die neuen Velowege freuen, sobald diese benutzt werden können. Ihre Fraktion wird den BPK-Antrag unterstützen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bemerkt, dass beim beantragten stadträtlichen Nachtragskredit von TCHF 600 der teuerungsbedingte Betrag doch TCHF 360 ausmacht. Aber wesentlich ist, dass es noch offene Ingenieur- und Baukosten gibt, wo man noch nicht sagen kann, ob diese berechtigt oder eben unberechtigt sind. Die Firma Implenia AG muss klar belegen können, um welche Bestellungen sowie Kostenbeträge es geht. Vom Projektleiter des Bereichs Tiefbau ist in der BPK klar und deutlich dargelegt worden, welche Positionen im Kredit von TCHF 600 enthalten sind und welche gegebenenfalls noch verhandelbar sind. Nach einer differenzierten Diskussion in der BPK wird dem Einwohnerrat ein Nachtragskredit in der Höhe von TCHF 410 vorgeschlagen. Wie von Sonja Niederhauser (EVP) bereits gesagt wurde, müssen bezüglich der berechtigten und nicht berechtigten Mehrkosten doch noch gewisse Vorbehalte angebracht werden, womit dann gegebenenfalls halt beim Einwohnerrat nochmals ein Nachtragskredit beantragt werden müsste. Es ist aber schon richtig, dass man irgendwelchen Begehrlichkeiten doch den Riegel schiebt und nicht gleich allen Forderungen nachkommt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Er stellt die Frage, ob der Stadtrat weiterhin an seinem Antrag festhält.

Stadträtin Marie-Theres Beeler hält fest, dass der Stadtrat seinen Antrag zurückzieht und denjenigen der BPK unterstützt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass er somit nur über den BPK-Antrag mit dem reduzierten Nachtragskredit abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig für die Realisierung der Velostation am Bahnhof Liestal den Nachtragskredit in der Höhe von CHF 410'000 inkl. MwSt. zu Gunsten des Kontos mit der Nr. 6150.5010.0260 gemäss Antrag der Bau- und Planungskommission.

6. EBL-Konzessionsvertrag – Konzessionsvertrag betreffend Erstellung und Betrieb von Leitungsnetzen für die Verteilung elektrischer Energie an die Verbraucher mit der EBL (Nr. 2024-18)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Bei diesem Geschäft wird Florian Sennhauser (FDP) als Mitarbeiter der EBL in den Ausstand treten. Allfällige EBL-Delegierte müssen nicht in den Ausstand treten.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen wird.

Jonas Bischofberger (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag für eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage.

Simon Fluri (FDP) orientiert als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass man das Geschäft in der FIKO vorberaten sollte und dem Vorschlag des Büros zustimmen wird.

Lorenz Holinger (SVP) teilt als SVP-Fraktionssprecher mit, dass man das Geschäft ebenfalls an die FIKO überweisen wird.

Corinne Hügli (GLP) erklärt namens der GLP/EVP-Fraktion, dass man der Überweisung an die FIKO ebenfalls zustimmen wird.

Matthias Holinger (GL) legt als Sprecher der Grünen Fraktion dar, dass seine Fraktion eine Vorberatung der Vorlage durch die FIKO ebenfalls unterstützt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die zwei Anträge abstimmen lässt.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2024-18 wird mit 27 Ja-Stimmen an die FIKO zur Vorberatung überwiesen. Für eine Direktberatung gemäss Antrag der SP-Fraktion sprechen sich 6 Ratsmitglieder aus und 2 Ratsmitglieder enthalten sich ihrer Stimme.

7. Tiergartenstrasse – Motion «Neuer Teil der Tiergartenstrasse – bauliche Entschärfung der Gefährlichkeit notwendig» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, Daniel Schwörer der FDP-Fraktion, Markus Rudin der SVP-Fraktion und Sibylle Schenker der Grünen Fraktion: Bericht Stadtrat, Kreditvorlage für die Realisierung einer Rampe mit durchgehend 12% Neigung auf der Südseite der neuen Tiergartenstrasse

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Bernhard Bonjour (SP) berichtet als SP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion der Überweisung an die BPK zustimmen wird, zum Geschäft aber doch noch ein paar Punkte festhalten möchte. Man findet es toll, dass mit Varianten geschafft wird und für ein Problem nicht nur eine Lösung vorgeschlagen wird. Von der BPK wird erwartet, dass sämtliche Varianten nochmals diskutiert werden. Auch soll eine Begehung an Ort gemacht werden und sich die verschiedenen Varianten vor Ort vom Stadtrat erklären lassen. Auch interessiert es, welche Gründe dazu führten, dass es mit der Beantwortung der Motion so lange ging.

Sonja Niederhauser (EVP) teilt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion mit, dass es wohl etwas lange dauerte, bis der Bericht zur Motion unterbreitet wurde. Aber es ist auch nicht immer so einfach, gute Lösungen finden zu können und vermutlich stecken auch ganz viele Verhandlungen dahinter. Ihre Fraktion wird der Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmen und sie möchte noch ein paar Bemerkungen zum Geschäft machen. Die BPK sollte sich auch genau die Zu- und Wegfahrten beim Parkhaus durch die PW's anschauen und was es für die Tiergartenstrassen-Anwohnerschaft heisst, wenn in ihrer Strasse zusätzlicher Verkehr entstehen wird. Für die Fussgänger liegt eine Lösung vor, welche sicher auch gut angeschaut werden muss. Interessieren dürfte es ebenfalls, was mit dem Fussgängerstreifen auf der Oristalstrasse passieren wird. Wenn die Fussgänger von einem anderen Ort der Tiergartenstrasse an die Oristalstrasse kommen, so würde es ja Sinn machen, dass sie zuerst nicht noch die Tiergartenstrasse queren müssen. Auch das Thema Ampeln muss in diesem Bereich gut angeschaut werden. Und weil das neue Trottoir eine einheitliche Neigung haben wird, gibt es auch Unterschiede zur Strasse, welche aus einer Rampe besteht. Sie hofft, dass alle verstehen, was sie meint, ansonsten möchte man sich nachher bei ihr melden. Auch ist in der Bevölkerung schon die Frage bezüglich der finanziellen Beteiligung der Stadt gestellt worden. Denn wenn man dies grundsätzlich anschaut, hat hier die SBB doch etwas gebaut, was unsicher und gerade für die Schulkinder gefährlich ist. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass die SBB die Kosten tragen müsste, aber sie sieht auch, dass ein gewisser Landerwerb nötig ist und sich noch gewisse Dinge verschieben werden. Es gibt noch einiges in der BPK zu besprechen und sie freut sich auf die Diskussionen in der Vorberatung.

Markus Rudin (SVP) legt als SVP-Fraktionssprecher dar, dass es nun schon bald drei Jahre her ist, seit sich die Verfasser der Motion an Ort getroffen und dann den Vorstoss eingereicht hatten. Auch seine Fraktion findet es gut, dass die BPK das Geschäft nochmals gut anschaut, damit wir dann zu einem sauberen Schluss kommen, zumal schon einige besorgte Bürger und Anwohner auch mit Schreiben vorstellig geworden sind.

Verena Baumgartner (GL) erklärt als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass man die Überweisung an die BPK ebenfalls unterstützt. Die verschiedenen Lösungsvarianten sind in ihrer Fraktion ganz kurz diskutiert worden und man hat auch gewisse Vorlieben, doch soll nun die BPK zuerst das Geschäft vorberaten. Sie möchte einfach noch einmal betonen, dass es sich bei der Tiergartenstrasse um einen Schulweg für die Primarschülerinnen und Primarschüler handelt. Und unabhängig davon, ob es dort ein oder zwei Rotlichter hat, das Ganze muss einfach koordiniert werden. Die Gym-Schüler bahnen sich ihren Weg selbst und das wird sich auch in

Zukunft nicht ändern, doch die Primarschüler müssen einen klaren und sicheren Schulweg haben und die Sicherheit für die Schüler und Fussgänger muss an oberster Stelle stehen.

Richard Gafner (FDP) bedankt sich als FDP/Mitte-Fraktionssprecher beim Stadtrat und der Verwaltung für die ausführlichen Abklärungen, damit die Situation an der Tiergartenstrasse verbessert werden kann. Einerseits geht es ja um die Entschärfung dieser Steigung und die Verbesserung der Sicherheit für die Passanten, insbesondere eben auch für die Primarschüler, wenn das neue Parkhaus dann einmal eröffnet wird. Beides kann mit den ausgeführten Varianten mal besser und vielleicht mal weniger gut erreicht werden. Man ist nun gespannt auf die Resultate aus den vertieften Diskussionen in der BPK. Die BPK soll die vorgeschlagenen Varianten kritisch und eingehend prüfen, denn es ist wichtig, dass eine gute und für alle Beteiligten tragbare Lösung gefunden werden kann. Seine Fraktion wird die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die BPK unterstützen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die gute Aufnahme der Vorlage im Einwohnerrat und begrüsst es, dass diese vertieft in der BPK angeschaut wird. Die Dauer von zwei Jahren für die Berichterstattung zur Motion ist darauf zurückzuführen, dass verschiedene mögliche Varianten konzipiert, angeschaut und verglichen werden mussten. Auch die Beurteilung unter dem Sicherheitsaspekt, der Realisierbarkeit und auch Kostenermittlung usw. brauchte Zeit, da die verschiedenen Lösungsvarianten jeweils auch mit der SBB angeschaut sowie verhandelt werden mussten. Bezüglich der SBB-Beteiligung sind intensive Verhandlungen vorausgegangen, da die Kostenfolgen insbesondere darauf zurückzuführen sind, dass die Rampen steiler geworden sind, als sie auf den Plänen ausgewiesen wurden. Auch mit der Eigentümerschaft der Parzelle gegenüber dem Parkhaus musste die Realisierung abgeklärt werden. Die Netto-Investitionskosten für die vom Stadtrat bevorzugte Variante 1 belaufen sich auf rund TCHF 110, doch müsste der Einwohnerrat einen Bruttokredit von TCHF 290 bewilligen. Der Stadtrat hat zudem beschlossen, dass mit der Aufschaltung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2022-86a auf der Homepage auch die Unterzeichnenden der 2 eingereichten Petitionen über die stadträtliche Vorlage an den Einwohnerrat informiert wurden und diesen auch der Link für die Vorlage angegeben wurde. Dies dürfte auch der Grund sein, weshalb die Ratsmitglieder zwischenzeitlich auch schon Reaktionen und Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten haben.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2022-86a wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

8. Vereinsehrung – Postulat «Vereinsehrung als Ergänzung zur Sportpreis-Verleihung» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion (Nr. 2024-14)

Stadträtin Pascale Meschberger erklärt, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen würde, da bereits Bemühungen in dieser Richtung laufen. Der Stadtrat ist vereinsseitig bereits kontaktiert worden und möchte auch im Zusammenhang mit dem neuen Vorstoss die Gelegenheit nutzen, um das Thema grundsätzlich überdenken zu können.

Anja Weyeneth (SP) dankt als Postulantin dem Stadtrat für seine Zusage bezüglich der Übernahme ihres Vorstosses. Warum nun eine Ergänzung der Sportpreis-Verleihung mit einer Vereinsehrung? Erst kürzlich ist die Einladung zur jährlich stattfindenden „Vereins- und Sportpreisverleihung“ verschickt worden. Zu diesem werden alle Vereine und Stiftungen eingeladen, doch viele Vereine fühlen sich nicht angesprochen und gehen nicht hin, weil bei dieser Veranstaltung die sportliche Leistung im Fokus steht, was so auch auf der Webseite der Stadt nachgelesen werden kann. Sie ist der Meinung, dass eine Würdigung auch die Vereine und Stiftungen verdienen, welche sich um die Kultur, Natur, Soziales usw. kümmern. Denn auch sie sind wichtig und tragen ihren Teil zur Identifikation innerhalb von Liestal, zur Zugehörigkeit und zur Förderung der Attraktivität von Liestal bei und unterstützen die Bevölkerung. Darum ein zusätzlicher Anlass für die Anerkennung, denn damit wäre auch eine Lücke geschlossen und der Fokus liegt nicht alleine beim Sport. Auch diese Veranstaltung fördert wiederum den Zusammenhalt und die Vernetzung untereinander. Und ja, das wird wahrscheinlich etwas kosten, doch ist sie der Meinung, dass die ehrenamtliche Arbeit mit vielen geleisteten Stunden dies auch genauso verdient. Ein Ablauf dieser Veranstaltung könnte ja durchaus ähnlich sein, auch mit einer Nominierung. Vielleicht sind die Kriterien für eine Nominierung nicht ganz so einfach wie im Sport, aber das soll uns ja nicht davon abhalten, dort doch auch Kriterien herauszufinden. Dies könnte ja ein aussergewöhnliches Engagement sein, eine Innovation oder dass ein aktuelles Thema behandelt wird. Oder allenfalls auch dort, wo es schon Auszeichnungen in diesen Bereichen gibt. Es muss ja nicht zwingend ein Verein, sondern gegebenenfalls auch eine Einzelperson sein. Sie bittet den Rat um die Unterstützung im Zusammenhang mit der Überweisung ihres Postulates an den Stadtrat, damit dieser die von ihr gestellten Fragen prüfen und dann berichten kann.

Verena Wunderlin (GLP) hält als GLP/EVP-Fraktionssprecherin fest, dass auf der Homepage der Stadt Liestal eine Liste mit 179 Vereinen aufgeführt ist. Vielfältiger könnte das Vereinsleben in Liestal für die Einwohner gar nicht sein. Und wer in einem Verein mitmachen möchte, findet sicher etwas Passendes. Sie selbst ist auch mit diversen Vereinen unterwegs und möchte das nicht missen. In den Vereinen steht die Freiwilligenarbeit im Vordergrund und es wird enorm viel geleistet, was Aussenstehende nicht immer sehen. Vereine bieten auch ein grosses soziales Engagement. Man ist eingebettet in einer Gruppe von Leuten, findet Kollegen und hat ein gutes Umfeld für jung und alt. Wir finden das sehr wertvoll, wenn dem Vereinsleben mehr Achtung und Wertschätzung geschenkt wird. Vielleicht hilft das auch, das Interesse für Vereine wieder vermehrt zu wecken. Die Vereine haben auch einen wichtigen Platz für unsere jungen Leute. Und die Jungen, welche in einem Verein engagiert sind, erleben viel wertvolles für ihr späteres Leben. Vielfach übernehmen da auch die Eltern eine Vorbildfunktion. Die GLP/EVP-Fraktion unterstützt einstimmig das Postulat.

Verena Baumgartner (GL) führt als Sprecherin der Grünen Fraktion aus, dass man das Postulat ebenfalls unterstützen wird. Auch ihre Fraktion hat sich daran gestossen, dass der Anlass eigentlich nur für Sportvereine ist. Eine Ausweitung der Ehrungen auf andere Vereine, ein tolles Projekt oder eine Einzelperson wäre durchaus wünschenswert.

Eva Eugster (FDP) äussert als FDP/Mitte-Fraktionssprecherin, dass der Titel „Vereins- und Sportverleihung“ nicht dem entspricht, was es beinhaltet. Wer schon einmal an diesem Anlass dabei gewesen war, der weiss auch, dass dort nur Sportlerinnen und Sportler für besondere Leistungen geehrt werden. Die Vereine erhalten höchstens die Möglichkeit, sich vorzustellen.

Den Sportpreis bekommt man für eine sportliche Leistung verliehen. Die Vielfältigkeit mit 179 Vereinen ist in Liestal wirklich riesig. Sie möchte ein paar Vereine nennen, welche sie vorher kurz rausgesucht hatte. So gibt es die Modellfluggruppe, den Verein Bike-O, den Fischerei-Verein Frenke, den Familiengartenverein Bintel usw. Sie hat von diesen Vereinen noch nie etwas gehört. Sie ist auch der Meinung, dass das Vereinswesen sehr wichtig für Liestal ist. Ihre Fraktion hat sich auch die Frage gestellt, was denn genau das Kriterium für den Preis sein soll? Und was ist jetzt nun wichtiger, der Fischerverein, der Fussballverein oder der Familiengartenverein? Diese Beurteilung ist doch sehr schwierig und wenn man dann schon eine Ausweitung vornehmen möchte, dann könnte man ja uns eigentlich auch einen Preis verleihen. Von dem her wird ihre Fraktion die Postulatsüberweisung nicht unterstützen.

Markus Hügin (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass schon viel Positives und Negatives über den Vorstoss gesagt wurde und es soll doch jeder selber entscheiden, was für ihn wichtig ist. Seine Fraktion wird das Postulat überweisen.

Domenic Schneider (GLP) begrüsst als Einzelsprecher den Vorstoss, denn die Vereinsarbeit ist ein Teil unserer Kultur, unserer DNA und auch unserer Schweiz. Und alle, die in einem Verein tätig sind, wissen bestens, wie schwierig es ist, Nachwuchs zu finden. Wir sind auch auf kantonaler Ebene unter dem Titel „lebendige Traditionen“ unterwegs und diskutieren dort untereinander. Und alle Vereine im ganzen Kanton haben das gleiche Problem: Wie kommen wir zu Neumitgliedern? Vielleicht ist eine Wertschätzung gegenüber den Vereinen eine Hilfe dabei, dass der eine oder andere Jugendliche nachrückt. Dann müssen vielleicht die wenigen engagierten Vereinsmitglieder schlussendlich nicht alles selber machen. Und ja, vielleicht ist auch der Einwohnerrat ein lustiger Verein hier drinnen, welcher geehrt werden könnte oder es könnten aber auch Einzelne sein. Er glaubt, dass der Stadtrat nach der Überweisung des Vorstosses zusammen mit ihren Teams das Postulat prüfen und dann darüber berichten wird. Die Resultate können wir dann anschauen und dazu Stellung nehmen.

Richard Gafner (FDP) glaubt nicht daran, dass wir mit der Vergabe eines Vereinspreises zusätzliche Leute für die Vereine motivieren können. Persönlich spricht er sich auch für eine Überweisung des Postulates aus, denn damit hat der Stadtrat die Möglichkeit, das Ganze als Gesamtpaket anzuschauen und die Aufgabe der Gemeinde in diesem Kontext zu überdenken.

Sonja Niederhauser (EVP) zweifelt daran, ob eine Preisverleihung das richtige Mittel dafür ist, dass Neumitglieder für Vereine gefunden werden können. Aber wir sind uns einig, dass die Ehrung und Wertschätzung von Freiwilligenarbeit mit unglaublich vielen Stunden doch sehr wichtig ist. Und es ist wohl eher die Frage, in welcher Form man dies am besten macht. Sie selbst weiss es auch nicht und ist deshalb gespannt auf die stadträtlichen Antworten. Benevol Baselland verleiht jedes Jahr am Tag der Freiwilligen einen Preis und dafür können bis Ende August Vorschläge eingereicht werden. Es bringt aber den Preisgewinnern nicht sehr viel bezüglich der Nachwuchsgewinnung, so wie sich dies vielleicht einige Vorredner vorstellen. Wichtig ist, dass in der Bevölkerung wahrgenommen werden kann, was die Vereine leisten. Es ist extrem wichtig, dass die Wertschätzung weitergegeben werden kann, doch den Weg dazu, den müssen wir noch suchen.

Anja Weyeneth (SP) bedankt sich für die grosse Unterstützung ihres Postulates. Natürlich können auch Projekte sowie Stiftungen usw. geehrt werden und es können auch andere Preise sein. Ihre Ausführungen im Postulat sollen nicht eine Einschränkung sein, sondern vielmehr das Thema auf das Tapet bringen, damit der Stadtrat seine Ideen unterbreiten kann.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat «Vereinsehrung» (Nr. 2024-14) wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.55 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Thomas Eugster

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann